

sperre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!

Noxi

Nein

Neen

zu einem unsozialen Europa

NO



Münsters ArbeitsLosenTreff Achtermannstraße

Termine:

Mo

15:00 Frauen - Treff Ort: Berliner Platz 29

09:00 - 16:00 Bewerbungen schreiben, Stellensuche

16:00 - 18:00 PC - Schulung / online-Bewerbung

Di

14:00 - 16:00 Journalistisches Schreiben Ort: Berliner Platz 8

10:00 - 14:00 Bewerbungen schreiben, Stellensuche

14:00 - 16:00 Ideenschmiede

16:00 - 18:00 Freude für alle

Mi

14:00 - 16:00 Schreibwerkstatt Ort: 14-tägig, Berliner Platz 8

10:00 - 11:30 Der Pflanzendoktor

11:30 - 14:00 Teamschulung und ab 12 Uhr Teamsitzung

14:00 - 16:00 Offener Treff

16:00 - 17:30 Kurs im Lieben

17:30 MALTA - Chor

Do

10:00 - 12:00 Bewerbungen schreiben, Stellensuchen (nur für Frauen)

12:00 - 16:00 Allgemeine Beratung / Formular-Hilfen

Fr

10:30 - 13:00 Offenes Frühstück

13:00 - 16:00 Offener Treff

16:00 - 18:00 Deutsch - Kurs (nach Anmeldung)

18:00 - 20:00 Spanisch - Kurs (nach Anmeldung)

Von und für Arbeitslose, alle Angebote sind kostenlos!

Achtermannstr. 10 - 48153 Münster - 0251/4140553
www.maltanetz.de - malta@maltanetz.de

Editorial



Fotograf: Josef Kleine

groscript.de

WAS DU HEUTE KANNST BESORGEN, VERSCHIEBE NICHT AUF MORGEN!

Eine Aufforderung verweist nicht selten auf ein Versäumnis, so auch bei diesem Sprichwort. In diesem Fall ist es ein Appell gegen die Bequemlichkeit und gegen mangelnde Entscheidungsfreude. Nur, was im privaten Alltag noch nicht mal eine Meldung in den Nachrichten wert ist, eine aufgeschobene Handlung halt, kann sich im öffentlichen Raum, insbesondere im Politikbetrieb als folgeschwer erweisen. Und je gewichtiger politische Grundsatzentscheidungen mit großer Reichweite hinausgezögert werden, umso wirkungsmächtiger und schlimmer holt das Versäumnis den Nichthandelnden ein.

Carl Schmitt, der erzkonservative Staats- und Verfassungstheoretiker aus dem letzten Jahrhundert, hat den Begriff der Dezision, Lateinisch für Entscheidung, in die politische Theorie eingeführt. Regiert wird unser Land von einer Kanzlerin, die anstehende Entscheidungen am liebsten vermeidet, allemal lange hinauszögert. Insofern entspricht sie gerade nicht dem Klischee der konservativen Führungskraft und erinnert eher an die Verhaltensweise einer sympathischen Familienmutter, die ihre Sprösslinge konfliktfrei durch den Alltag manövriert. Dies ist das theoretische Hintergrundwissen, was sich in der je nach Sichtweise wenig beziehungsweise höchst respektvollen Bezeichnung der Amtsinhaberin als „Mutti der Nation“ verbirgt. Über konservative Milieus hinweg stößt Angela Merkels Politikauffassung auf breite Zustimmung in der deutschen Bevölkerung.

Wer das Politische so vehement auf Dezision beschränkt, wie Carl Schmitt dies fordert, wird zudem auf die in der Gesellschaft zu beobachtende Analogie verweisen können. Da wo wichtige Entscheidungen auch gegen den Mehrheitswillen vonnöten wären, wo aber stattdessen nichts geschieht – exemplarisch sei hier das

Politikfeld um den Komplex Klimawandel erwähnt –, verliert die Allgemeinheit das Interesse an Politik.

Gerade deshalb beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe mit der Politikmüdigkeit, der kleinen Schwester des politischen Desinteresses, konkret die diesbezüglichen und jeweiligen Standpunkte der zur Wahl stehenden Oberbürgermeisterkandidaten der Stadt Münster. Apropos Entsprechung: Das Titelbild dieser SPERRE-Ausgabe erfährt im Heftinhalt keine weitere Textfortführung. Wer mag kann das als symbolische Geste mit den wenig Solidarität zukommenden und allein gelassenen Griechen verstehen. Denn es ist ein Trugschluss zu glauben, die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der europäischen Währungsunion hätten den Namen Hilfspaket für Griechenland verdient.



Das was vor der Sommerpause mühselig und mit Nötigungen abverlangender Zustimmung und Akzeptanz beschlossen wurde, war keine zielführende Entscheidung, entweder Verbleib in oder Entfernung aus dem Euro-Raum. Fortgesetzt wird ein weiteres, ein drittes Mal, die Politik des permanenten Aufschubs im Umgang mit der Krise. Wo jedem Vernunftmenschen klar sein muss, dass das Spiel mit der wiederholten Rekapitalisierung der alten Schulden durch neue Schulden trotz oder gerade wegen überzogener Sparmaßnahmen nicht gelingen kann. Da das Ganze einem Schneeballsystem gleicht, wo es am Ende viele Dumme und wenige Lachende gibt. Warum das Spiel trotzdem gespielt wird? Weil es entscheidungsarm und unpolitisch, aber marktgerecht ist. Weil es wenige Gewinner und viele Verlierer hervorbringt, weil es die Kräfteverhältnisse in Arm und Reich in dieser Welt aufzeigt – alternativlos?

Ihr Christoph Theligmann

FÜR EIN SOZIALES EUROPA



Foto: Erich Westendarp – pixelio.de



6 Münster wählt ein neues Stadt- oberhaupt

Münster lebt nicht hinter dem Mond, sonst hätte sich unsere Westfalenmetropole nicht den Titel „Lebenswerteste Stadt der Welt“ verdient. Am 13. September ist Oberbürgermeisterwahl. Am gleichen Tag ist Neumond. Auf „The Dark Side of the Moon“ leben die in einer Demokratie Zukurzgekommenen und keiner scheint sie zu bemerken. Aus diesem Grund haben wir die Kandidaten gebeten, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Ihre Antworten finden Sie (ohne Mondkalender) auf den Seiten 6–9.

INTERVIEW

JÖRG GRIEGER

14 Zur arbeitsmarktpolitischen Situation in Münster

Zwei Politiker der Linken
im Gespräch

MALTA SEITE

ANNE NEUGEBAUER

18 Autonomes aus der Frauengruppe

Veranstaltungshinweis

BILDERGESCHICHTE

JOSEF KLEINE

20 Lulu Banal

Essen für den Kiez

ZUM LEBEN ZU WENIG

GERRIT HOEKMAN

22 Kühlschranks & Waschmaschine

Darlehensbedarf für
Sozialhilfeempfänger

MÜNSTER

REDAKTION

6 Oberbürgermeisterwahl

Die 5 KandidatInnen geben Antwort

ARBEIT & SOZIALES

ARNOLD VOSKAMP

10 Wir vermitteln Sie!

Die Arbeit des Jobcenters im Detail

ARNOLD VOSKAMP

12 Angezogene Bremse

Die Mieten explodieren auch in
Münster

GERRIT HOEKMAN

13 Mehr Geld

Mindestlohn verringert die Zahl der
Aufstocker

FÜR EIN SOZIALES EUROPA

Demokratisierung der europäischen Institutionen
Einheitliches Sozialsystem
Gerechtigkeitsstufe
Grenzübergreifende Fairness
Reichensteuer
Soziale Grundsicherung
Rente mit 63
Europäischer Mindestlohn
Grenzen für die Menschen nieder
Keine Maut in Europa
Geschwindigkeitsbegrenzung

10 Das Jobcenter – Dein Vermittler und Kundenhelfer in der Not

Für das Amt muss ich mit Hilfe „von Zucker(rohr) und Peitsche“ als Arbeitsloser funktionieren, sonst drohen Sanktionen. Nur wie funktioniert eigentlich die Arbeit des Jobcenters in dem Bemühen, mich in die Arbeitswelt zu vermitteln? Wir nehmen Münsters Anstrengungen als sogenannte Optionskommune unter die SPERRE-Lupe.



Foto: Paul-Georg Meister – pixelio.de

Foto: Jerzy Sawluk – pixelio.de



28 Der Umgang der gemeinhin toleranten Niederlande mit sich und den Anderen

Die Niederlande gelten als aufgeklärt und gleichberechtigt im Umgang miteinander. Dabei beruht das Konsensprinzip ihrer Lebenskunst darauf, sich möglichst konfliktfrei aus dem Weg zu gehen. Die vermehrte Einwanderung stellt diese Richtlinie jetzt ernsthaft in Frage.

KULT-TOUR

NORBERT ATTERMAYER UND
ARNOLD VOSKAMP

24 Aufklärung 2.0

Kampf um Worte und Begriffe

GERRIT HOEKMAN

26 Pressefreiheit

Ein gefährdetes Grundrecht

ALLES WAS RECHT IST

GERRIT HOEKMAN UND
CHRISTOPH THELIGMANN

34 Urteile

Sanktionen vs. Menschenwürde, Benzingeld, sozialwidriges Verhalten, Eingliederungsvereinbarung, Antragstellung, Erbe, Arbeitsgelegenheit, Gleitsichtbrille, Vorbildung

ÜBER DEM TELLERRAND

GERRIT HOEKMAN

28 Niederlande

Umgang mit Flüchtlingen

CHRISTOPH THELIGMANN

31 Neo-Liberal

Streitbegriff mit Vorgeschichte

DIE LETZTE & IMPRESSUM

CHRISTOPH THELIGMANN

39 Schluss mit Aussicht

Heute, gestern, morgen ...

NICHT SPERRIG

CHRISTOPH THELIGMANN

32 Kurzberichte und -Meldungen

Soziale Arbeitgeber, Tarifvertrag, Sozialunternehmen, BBC

Sammeln Sie mit uns Ihre Daten!
Sorgen Sie vor für die Zukunft! Nur bei uns sind Ihre Daten sicher!
Vorratsdatenspeicherung in den besten Händen!

BND, Ihr guter Dienst in der Servicewüste Deutschlands!
Mit bewährten Partnern aus der ganzen Welt!

Staatsbürger werden überwacht und Journalisten ja sowieso. Aber Zeitungsleser? Entdecken Sie mit uns die Gefahrenquellen für Ihre Unversehrtheit, aber auch die Tipps dem Leviathan, der Staatskrake zu entkommen. Das Abhören und die Observations sind wahllos, genauso wie die Verteilung im Heft – viel Spaß!



OBER- BÜRGER- MEISTER- WAHL 2015

Seit drei Jahrzehnten sinkt in Deutschland die Wahlbeteiligung, aktuell sind es etwa 15 Prozent weniger als in den 80er Jahren. Weniger als 60 Prozent der Bürger haben bei der letzten Kommunalwahl in Münster abgestimmt. Die Wahlmüdigkeit geht nicht einfach quer durch alle Gesellschaftsschichten. Menschen, die am Rande leben, sehen deutlich weniger Nutzen darin zu wählen, glauben seltener als der Durchschnitt, dass ihre Stimme etwas bewirkt – insbesondere im Vergleich zu denjenigen, die sich als bestimmend und gestaltend wahrnehmen. Münster gilt zwar allgemein als recht wohlhabend, allerdings lassen sich auch hier die Unterschiede feststellen. Eine Studie der Bertelsmannstiftung zur

Bundestagswahl 2013 stellte fest: Im „ärmsten“ Wahlbezirk, Münster Nord, gingen 67,8 Prozent zur Wahl, im wohlhabenden Bezirk Ost 83,5 Prozent. „Im Stadtbezirk mit der niedrigsten Wahlbeteiligung finden sich über zweieinhalbmal so viele Arbeitslose wie im wählerstärksten Stadtbezirk.“

Die Wahlmüdigkeit weckt so langsam die Parteien. CDU, CSU, SPD, Grüne, Linke und die FDP haben im Juni 2015 auf Bundesebene ein Bündnis beschlossen, die Bürger mehr ins Boot zu holen. Wir fragten die Münsterschen OB-Kandidaten der CDU, SPD, Grünen/Bündnis 90, FDP und der parteilose Kandidat Harry Seemann wie sie auf die nachlassende Politik-Beteiligung reagieren wollen. (avo)

Kandidaten Stellungnahme

AUF DIE FRAGE: „Zunehmend fühlen sich Menschen von der gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt. Wenn die Menschen sich nicht gerade Investoren nennen, fühlen sich die Leute entweder als Objekte gesellschaftlichen Handelns oder vom politischen Betrieb gänzlich zur Seite geschoben. Viele denken, das parteipolitische System sei nur ein Spiel einer Gesellschaftselite ohne eigene Einflussnahme. Die da oben, die machen doch sowieso, was sie wollen. Was die veranstalten, ist nur Parteiengezänk, ist nur Geschwätz! Immer weniger gehen wählen. Kann das in Ihrem Interesse sein? Was können und wollen Sie beitragen, dass Demokratie als Demokratie empfunden wird und zur aktiven Teilhabe einlädt?“

Antworten in alphabetischer Reihenfolge mit der Kandidatin vorne weg :

Foto: Erich Westendarp – pixelio.de



MARIA KLEIN-SCHMEINK, Bündnis 90/Die Grünen

Foto von der Kandidatin zur Verfügung gestellt



Demokratie lebt von aktiver Beteiligung und Mitbestimmung. In den letzten Jahren hatten die Bürgerinnen und Bürgern in Münster bei zwei zentralen Fragen die Möglichkeit, direkt mitzuzentscheiden. Die Stadt hat von den lebendigen Debatten über Schlossplatz und Musikhalle sehr profitiert.

Ich finde es daher einen wichtigen Schritt hin zu mehr Mitbestimmung, dass die rot-grüne Landesregierung die Hürden für direkte Demokratie in NRW gesenkt hat. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind kein Zeichen von Schwäche der Räte und Parlamente, sondern eine sinnvolle Ergänzung und Bereicherung. Teilhabe und Mitbestimmung funktionieren aber nur, wenn sich die Menschen schnell und unkompliziert informieren können und darauf vertrauen können, dass ihr Engagement nicht vergeblich ist.

Die Abstimmungsergebnisse zu Schlossplatz und Musikhalle haben aber auch deutlich gemacht, dass wir Grünen nahe an den Interessen der Münsteranerinnen und Münsteraner waren. Insoweit zeigt sich, dass wir nicht so weit weg von den Menschen sind, wie es der Politik oft pauschal vorgeworfen wird. Echte Mitbestimmung und ein funktionierendes Gemeinwesen setzen aber soziale Teilhabe voraus. Wenn ein großer Teil der Bevölkerung nicht an der Lebensqualität einer Stadt teil hat, für sich keine Perspektive sieht, sich täglich mit Existenzsorgen beschäftigen muss, aus sozialen Gründen mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen hat, kann ein gutes Zusammenleben nicht gelingen.

Münster wächst. Das bringt große Chancen, aber auch Herausforderungen und Verteilungskämpfe: Schon Menschen mit normalem Einkommen finden heute kaum noch eine bezahlbare Wohnung. Menschen mit wenig Geld droht Wohnungsnot. Zudem wächst jedes sechste Kind in Münster in schwierigen finanziellen Verhältnissen auf. Gerade diese Kinder und Jugendliche brauchen unsere besondere Unterstützung, verlässliche Ansprechpartner und Zugang zu Förder- und Bildungsangeboten, die an ihren Erfahrungen und Interessen anknüpfen. Auch Menschen mit geringen Einkommen brauchen lebendige Nachbarschaften und Quartiere sowie offene und konsumunabhängige Räume für Begegnung und Betätigung. Wer im Jobcenter nicht als Bittsteller behandelt wird, sondern als Mensch mit seinen sozialen Grundrechten, wer nicht drangsaliert wird, sondern tatsächlich eine verlässliche und existenzsichernde Grundsicherung erhält sowie Zugang zu Förderangeboten, die ihm neue Perspektiven aufzeigen, muss sich nicht ausgegrenzt fühlen.

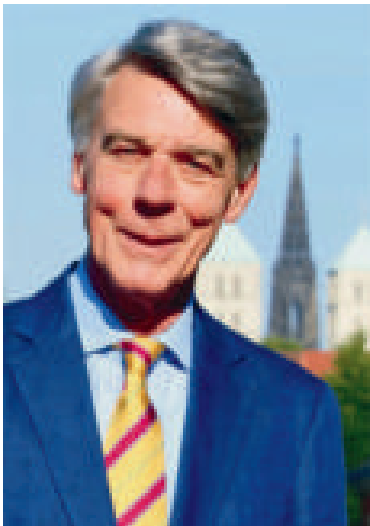
HEIN GÖTTING, FDP

Foto vom Kandidat zur Verfügung gestellt

Natürlich ist es nicht in unserem oder meinem Interesse, wenn immer weniger Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gehen. Darunter leidet tatsächlich nicht nur die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie, sondern auch ihre Wirksamkeit. Gerade die Teilnahme an Wahlen ist das Urprinzip unseres freiheitlich demokratisch verfassten Staates und wirklich jede und jeder sollte sich dessen bewusst sein und diese Chance nicht einfach aufgeben.

Andere Menschen in anderen Ländern wären glücklich darüber, diese Möglichkeiten zu haben und sie kämpfen teilweise unter Einsatz ihres Lebens dafür. Darüber hinaus haben wir bei uns vielfältige weitere Gelegenheiten, an der demokratischen Willensbildung, der Mehrheits- und Entscheidungsfin-

dung und somit an der Politik mitzuwirken. Da ist zunächst die Mitarbeit in einer Partei. Hier haben wir eine Palette an durch diese vertretene politische wie religiöse und weltanschauliche Überzeugungen, so dass sich jeder die ihm genehme Partei aussuchen könnte.

Wer das dennoch nicht mag, kann sich in ebenso vielfacher Weise anders betätigen: in Vereinen, Verbänden, Institutionen, Bürgerinitiativen. Das ist alles zulässig, und möglich, man muss diese und andere Chancen allerdings auch nutzen, beziehungsweise nutzen wollen.

Ich selber habe in meiner Zeit als Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Münster einmal gesagt, Politik sei kein schmieriges, wohl aber ein schwieriges Geschäft. Das ist es, weil Politik erst einmal überhaupt die Bereitschaft erwartet, mitzumachen, sich persönlich einzubringen und zu engagieren. Hier ist in erster Linie der/die Bürger/in gefragt. Als Freie Demokraten setzen wir ganz bewusst und gezielt auf diese Überzeugung. Der freie Mensch ist für sich und für die anderen gleichermaßen verantwortlich.

So ist es auch in der Kompetenz und die Aufgabe eines Oberbürgermeisters, seinen Bürgerinnen und Bürgern dies immer wieder vor Augen zu halten und zum mitmachen auf zu fordern. Es ist aber zuvörderst die Aufgabe der Parteien klar zu stellen, dass sie ihre Berechtigung nicht von sich aus sondern aus dem Mitten aller, in diesem Falle ihrer jeweiligen Mitglieder beziehen. Der Kernpunkt ist und bleibt aber: für die Qualität, die Demokratie in unserer Gesellschaft, für ihre Wirksamkeit und Transparenz, sind in erster Linie wir alle, jede/r Einzelne/r zuständig und verantwortlich.

AMTSINHABER MARKUS LEWE, CDU

Foto vom Kandidat zur Verfügung gestellt

Ihre Einschätzung deckt sich nicht mit meiner Münster-Erfahrung. In kaum einer Stadt gibt es ein so starkes bürgerschaftliches Engagement wie in Münster. Diese Münster-Tradition lebt von immer neuen Impulsen und Initiativen, die das Miteinander in der Stadt prägen.

Als Oberbürgermeister fördere ich das mit aller Kraft. Ich habe die Türen des Rathauses weiter geöffnet, neue Formen von Bürgerbeteiligung eingeführt und ich bin ein leidenschaftlicher Gegner jeder ideenlosen „Ohne-mich-und-ohne-uns“-Politik.

Zusammenhalt aller, die hier leben, ist für mich eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben. In diese Zukunft sollten wir alle investieren – mit Ideen, Engagement und anderen guten Gaben.

JOCHEN KÖHNKE, SPD

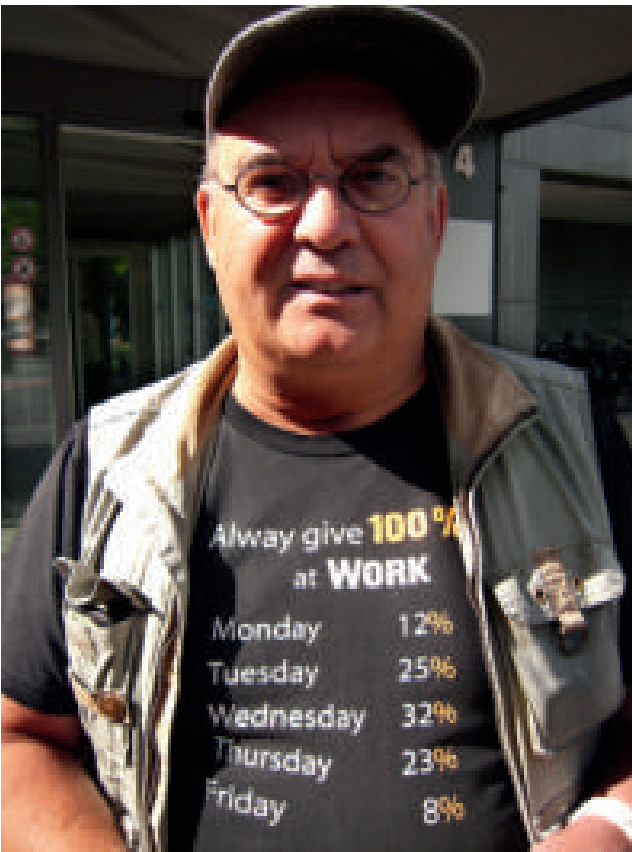
Foto vom Kandidat zur Verfügung gestellt

Für unsere Demokratie haben Menschen lange gekämpft und auch ich persönlich halte die Demokratie für eine der wunderbarsten Entwicklungen der letzten Jahrhunderte. Eine Demokratie lebt ganz wesentlich davon, dass sich die BürgerInnen daran beteiligen und ihre VertreterInnen wählen. So ist es natürlich in meinem Interesse, dass möglichst viele Menschen wählen gehen und die Politikverdrossenheit nicht weiter wächst, sondern zurückgeht.

Mir liegt viel daran, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Nicht nur, weil gerade Wahlkampf ist, sondern weil mir daran liegt zu erfahren wo der sprichwörtliche Schuh drückt, um die Probleme möglichst zu beseitigen oder an dafür zustän-

diger Stelle mit den Verantwortlichen darüber zu reden. Ich nehme die Menschen ernst! Die gegenseitige Anerkennung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg aus der Politikverdrossenheit. So unterstütze ich beispielweise die BürgerInnendialoge zu verschiedenen Themen der SPD Münster, weil ich möchte, dass die BürgerInnen auch selbst zu Wort kommen. Auf diesem Weg werden viele in die politischen Entscheidungen eingebunden und zur aktiven Teilhabe eingeladen. Schließlich geht es darum Politik mit und für die Menschen zu machen und nicht über ihre Köpfe hinweg.

Der zweite Schritt, der danach unbedingt folgen muss, ist das Einhalten der gegebenen Versprechen und das aktive Lösen der anstehenden Aufgaben. Ich habe beispielsweise als Dezernent für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit zahlreichen anderen AkteurInnen ein für Münster neues, dezentrales Konzept zur Unterbringung von Geflüchteten entwickelt und damit ein vergleichsweise gutes und menschenwürdiges Konzept geschaffen. Und genauso wie ich die Aufgaben im Rahmen meiner Tätigkeit als Dezernent angegangen und gelöst habe, werde ich das auch als Oberbürgermeister tun: fachlich – fair – visionär und vor allem auf das Wohl Münsters ausgerichtet. Meine Vision der Mitmachstadt Münster beinhaltet, dass unsere Demokratie zur aktiven Teilhabe einlädt.

HARRY SEEMANN, parteiloser Einzelkandidat

Fotograf: Josef Kleine

Vielkeit und linke Politik waren meine Intention als ich 2004 zum ersten mal antrat. Der „linke Rest“ hatte sich endgültig zerstritten. Und fast zufällig haben meine 570 Wähler und ich den Oberschuldenmeister Tillmann in die Stichwahl gezwungen und er hat sein größtes Leuchtturmprojekt zurück gezogen und nur ganz knapp vor dem SPD-Kandidaten gewonnen. Somit haben wir die Tiefgarage am Ludgerikreisel von 20 000 000€ (60 000€ pro Stellplatz) verhindert.

So wichtig kann ein Mitmachen am demokratischen System sein. Genauso wichtig waren die Bürgerentscheide von Stadtwerke-Privatisierung und Ende der Musikhalle. Bürger müssen mehr beteiligt werden, denn die hohlen Phrasen der Politiker versarschen den Bürger doch nur.

„Klarer Kurs“: danke für HARTZ IV, garantierte Altersarmut und Bankengeschenke, „6200 neue Wohnungen“ – aber auch bezahlbar? Bei HARTZ IV-Müttern wird das Elterngeld als Einkommen abgezogen! „Bezahlbare Wohnungen“, aber selbst nicht die Zweitwohnungssteuer in Berlin zahlen! „Asoziale Politik“ in Bund und Land, Hauptsache mitregieren. Auf das „liberale Geschwafel“ gehe ich gar nicht erst ein.

Der Bürger wird also immer kompetenter und lässt sich diese Frechheiten nicht mehr gefallen und engagiert sich immer mehr und geht wählen, wenn er was verändern will. Wir werden eine riesige Wahlbeteiligung haben! Bürgerberatung mache ich immer noch montags bei der *Hartz IV-Mahnwache* vor dem Rathaus.

Vermitteln Sie mich bitte!

Das Jobcenter als **Schnittstelle** zwischen Arbeitssuchenden und potentiellen **Arbeitgebern**

Das Jobcenter ist die Behörde, die den Arbeitslosen wieder in Arbeit bringen soll. Es wird beschrieben wie das Jobcenter Münster diese Aufgabe meistert

von Arnold Voskamp

Wer die Arbeitsstelle verliert, verliert auch einen wichtigen Teil der regelmäßigen Kontakte. Das wird nach längerer Arbeitslosigkeit noch gravierender. Seit 90 Jahren gibt es Studien über die Folgen von Arbeitslosigkeit, seitdem ist diese Alltagsbeobachtung wissenschaftlich beschrieben und bestätigt, eine Binsenweisheit.

Wenn man über das Vermitteln von einer neuen Arbeit redet, gehört das zum Grundwissen. Ungekündigte Arbeitskräfte haben ein gutes Netzwerk in der Arbeitswelt, sie handeln optimistischer und offensiver und kommen leichter an eine neue Stelle als jemand ohne Arbeit und ohne große Kontakte. Soziale Kontakte pflegen und nutzen lautet ein wesentlicher Tipp von guten Bewerbungsratgebern. Arbeitslose haben Bedarf nach Unterstützung bei der Kontaktaufnahme zu einem Betrieb. Konkrete Hilfe ist gefordert. Und da gibt es ein Arbeitsamt, nein, inzwischen sogar zwei, die konkret diesen Auftrag haben: Arbeitsvermittlung!

NIEDRIGE VERMITTLUNGSZAHLEN

Der Auftrag für die „Hartz-Reformen“ 2003 wurde gegeben mit dem Hinweis auf geschönte, niedrige Vermittlungszahlen der Arbeitsämter. Dieses Manko hat Hartz nicht wegreformiert, wenige Vermittlungen haben wir bis heute. Vermittler des Jobcenters Münster haben 2013 (neuere Zahlen liegen nicht vor) 241 Personen durch Förderung und Vermittlung direkt in Arbeit gebracht. Sieben mal so viele Arbeitslose dagegen haben sich im Laufe des Jahres selbst in eine Arbeit vermittelt, mehr als 1600. Bei 6000 Arbeitslosen dauert es rechnerisch dreieinhalb Jahre bis zum beruflichen Einstieg. Die Vermittlungszahlen des Jobcenters Münsters wären befriedigend, wenn es nur ein paar Hundert Arbeitslose gäbe. Es sind aber mehr als zehn mal so viele.

Die Vermittlungszahlen sind nicht nur niedrig, die Stellen sind

auch von unterdurchschnittlicher Haltbarkeit: im Schnitt dauert ein neu aufgenommenen Job ein halbes Jahr. Besonders die Zeitarbeit sorgt für diesen Drehtüreffekt. Es wäre also gut, den Abgang in Arbeit zu stärken. Es reicht jedoch nicht, den Arbeitslosen in der direkten Konkurrenz um eine Stelle zu sagen: Sie müssen sich aber bewerben! Hier ist mehr professionelle, qualifizierte Vermittlung gefragt.

DAS AUFSPALTEN DES VERMITTELNS

Vor Hartz schon hat sich eine „grandiose“ Idee in der Arbeitsvermittlung ausgebreitet, die Arbeitsteilung. Die Vermittlerin auf der einen Seite im Arbeitsamt kümmert sich nur um die Arbeitslosen, ihr Gegenstück im Amt kümmert sich nur um die Arbeitgeber. Diese Zweiteilung des Vermittlungsgeschäftes in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite schafft ein weiteres Hemmnis beim Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt. Ironisch könnte man angesichts der Vermittlungszahlen sagen, nun braucht es einen zusätzlichen Vermittler, der zwischen Arbeitgebervermittler und Arbeitnehmervermittler vermittelt.

Im Jobcenter Münster gibt es mehr als 70 Vermittlungskräfte, davon gehen aber nur sechs in die Betriebe. Die Arbeitslosen heute haben in der Regel mit Vermittlern, sogenannten Jobcoaches zu tun, die die andere Marktseite, die Welt in den Betrieben nicht kennen. Dieser Vermittler weiß aus seinen umfassenden Dokumentationspflichten nur, dass es mit den Vermittlungszahlen hapert. Sein einziger Ansatzpunkt zum Handeln ist die arbeitslose Person. Sie wird, wenn überhaupt, mit Aktivitäten überzogen, die auf sie allein gerichtet sind, nicht aber auf das Herstellen eines belastbaren Kontaktes in die Arbeitswelt. Mit der Folge, dass Arbeitslose die Sinnhaftigkeit dieser „Arbeitsvermittlung“ hinterfragen. Und sich verweigern. Ein Meldeversäumnis ist der häufigste Grund





Foto: Peter Smola – pixelio.de

für eine Sanktion. 2200 Sanktionen verhängte das Jobcenter 2013. Diese Zahl will das Jobcenter zwar nicht direkt mit der Zahl von 241 Vermittlungen verglichen sehen, das Zahlenverhältnis macht aber nachdenklich.

ARBEITGEBER ANSPRECHEN

Arbeitgeber anzusprechen muss für Jobcoaches laufendes Geschäft sein. Dass damit Arbeitgeber zu oft angesprochen werden, darf keine Entschuldigung sein. Das passiert sowieso, nicht arbeitslose Arbeitsuchende tun das auch. Arbeitslose werden vom Jobcenter zu konkreten Stellenangeboten geschickt, sogar zu unpassenden. Vermittler schreiben in den sogenannten Eingliederungsvereinbarungen sehr oft verbindliche Bewerbungszahlen vor, zum Beispiel vier im Monat. Grob geschätzt (2500 Personen mal vier Bewerbungen mal 12 Monate) sind das mehr als 120 000 Kontaktaufnahmen zu Betrieben, nur über das Jobcenter Münster. Da ist es doch besser, wenn qualifiziertes Schicken durch eine gute Unterstützung begleitet wird. Ein Jobcoach, der auf Arbeitgeber zugeht, wird den einzelnen Arbeitslosen ein positives Vorbild sein.

„PASSGENAU“

Kontakte zu Arbeitgebern verbessern die Kenntnis der Jobcoaches über den Arbeitsmarkt. Die Arbeitsangebote können genauer gelesen und präziser weitergegeben werden. Werden beispielsweise Kenntnisse eines speziellen Computerprogramms oder eines Schweißverfahrens gefordert, dann kann ein Jobcoach mit der entsprechenden Kenntnis des Arbeitsfeldes vorab beurteilen, ob die Stelle wirklich auf den oder diejenige passt. Wenn ein Führerschein oder gute Mobilität für die Stelle nötig ist, kann der Jobcoach den oder die passende Arbeitslose genau auswählen.

Unter den Vermittlungskräften im Jobcenter gibt es eine Grup-



pe, die tatsächlich zwischen Arbeitgebern und Arbeitslosen vermitteln. Der Arbeitgeber- und Vermittlungsservice des Jobcenters umfasst die Vermittler, die direkt zu Arbeitgebern Kontakt aufnehmen, aber auch ihre Arbeitslosen kennen. Fachkräftemangel und Arbeitsvermittlung werden nicht nach Anfangsbuchstaben oder anderen Zufällen, sondern nach Berufsfeldern bearbeitet – wie es früher in den Arbeitsämtern auch üblich war. Für sogenannte „passgenaue“ Vermittlung scheint dies ein guter Ansatz zu sein. Arbeitslose geben gute Rückmeldungen über die Vermittlungsbetreuung durch diese Fachkräfte. Es wäre sinnvoll, wenn die berufliche Zuordnung der Arbeitsvermittlung nicht auf zehn Prozent der Vermittler beschränkt wäre, sondern wenn alle Vermittler oder Jobcoaches, oder wie auch immer sie genannt werden, mit diesem Ansatz arbeiten.

MÜNSTER WILL SELBST VERMITTELN

Die Stadt Münster hat entschieden, die Arbeitsvermittlung im Jobcenter eigenständig, ohne die Vorgaben der Bundesagentur für Arbeit durchzuführen. Sie hat die Unabhängigkeit und den Handlungsspielraum, sich genau auf den lokalen Arbeitsmarkt einzustellen. Sie hat die kurzen Wege zu den örtlichen und regionalen Betrieben. Sie hat die Wirtschaftsförderung in städtischer Hand. Die Stadt hat erklärt, sie will diese Vorteile bei der Vermittlung von Arbeitslosen nutzen. So soll sie es auch tun.



Mietpreisbremse für Münster

Foto: Pluto von Ulrich Wiesmann

von Arnold Voskamp

Seit dem 01.07.2015 gilt für Münster die neue Mietpreisbremse, so hat die Landesregierung NRW bestimmt. Mietpreisbremse heißt, bei einem neuen Mietvertrag darf die Nettokaltmiete nicht höher sein als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete, siehe BGB § 556d ff. Die ortsübliche Miete findet sich in Münsters Mietspiegel.

Die Mietpreisbremse tritt nicht automatisch in Kraft, sondern die Mieterin (oder der Mieter) muss die Bremse betätigen. Das heißt: Sie muss gegenüber dem Vermieter (oder der Vermieterin) schriftlich eine sogenannte „Rüge“ der zu hohen Miete zukommen lassen – mit nachweisbarem Zugang, also mit Zeugen oder per Einschreiben. Ab dem Zeitpunkt der Rüge kann sie die zu viel gezahlte Miete zurückfordern. Will der Vermieter sich gegen die Rüge wehren, muss er stichhaltige Einwendungen vorbringen. Für die Mieterin ist es hilfreich, die vom Vormieter gezahlte Miete sowie eventuelle vorherige Modernisierungsmaßnahmen zu kennen.

„Bevor der Vermieter angeschrieben wird, empfehle ich wegen des komplizierten Regel-Ausnahmegeflechts eine rechtliche Beratung“, erklärt die Juristin Fahle vom Mieterschutzverein Münster (im CUBA).

Von der Mietpreisbremse erwartet Frau Fahle übrigens neben einer Zunahme von Streitfällen eine Änderung auf der Stimmungsebene: „In den letzten Jahren hat sich immer mehr die Haltung durchgesetzt, bei Neuvermietungen auf die bisherige Miete kräftig draufzupacken. Die Mietpreisbremse ist nun auch eine Bestätigung für zurückhaltende Vermieter.“

WER BESTELLT BEZAHLT

Gleichzeitig mit der Mietpreisbremse hat die große Koalition eine grundsätzliche Änderung zu den Maklerkosten beschlossen. Das zum 1.6.2015 neu eingeführte Bestellerprinzip bei der Vermittlung von Wohnungen sieht vor, dass ausschließlich derjenige das Maklerhonorar zahlt, der den Makler beauftragt hat. Insbesondere Wohnungssuchende in Ballungszentren sollen entlastet werden, denn in den meisten Fällen geben Vermieter den Vermittlungsauftrag.

Immobilienmakler lehnen diese Regelung ab. Bis zum Verfassungsgericht sind mehrere Makler gegangen, um die neue Regel kurzfristig mit einstweiligem Rechtsschutz zu verhindern. Das Gericht hat den Antrag abgelehnt.

Die fetten Zeiten und das dicke Ende

Mindestlohn verringert die Zahl der Aufstocker

von Gerrit Hoekman

Der Fall machte landesweit Schlagzeilen: Ein Pizzaservice aus Stralsund bezahlte seinen Boten sittenwidrige 1,32 Euro die Stunde und forderte die Arbeitnehmer auf, sich den Rest, den sie zum Leben brauchten, beim Jobcenter und über Trinkgelder zu holen.

Der Anfang des Jahres eingeführte Mindestlohn von 8,50 Euro unterbindet solche Praktiken zwar nicht völlig, aber macht zumindest das Funktionieren schwerer. Die positive Folge: Die Zahl der Hartz IV-Aufstocker ist um 45.000 gesunken. Das hat das Arbeitsministerium auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag mitgeteilt, berichtete die *Süddeutsche Zeitung*. Trotzdem sind immer noch 1,2 Millionen Menschen auf einen staatlichen Zuschuss angewiesen, obwohl sie arbeiten.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) schätzt, dass die öffentlichen Haushalte durch die geringere Zahl der Aufstocker um 700 bis 900 Millionen Euro im Jahr weniger belastet werden. Das IAB gehört zur Bundesagentur für Arbeit. Eine Sprecherin der Bundesagentur schränkte allerdings ein, dass ein Rückgang der Aufstocker im Frühling in einem gewissen Umfang normal sei, weil in einigen Branchen eine hohe Winterarbeitslosigkeit herrsche und die Arbeitnehmer dann Hartz IV in Anspruch nähmen. Der Rückgang sei aber diesmal höher, was darauf hindeute, „dass dies mit der Einführung des Mindestlohns zusammenhängt“, zitiert die *Süddeutsche Zeitung* die Bundesagentur. Wie viele Arbeitnehmer ihren Job seit Anfang des Jahres verloren haben, weil ihr Chef keine 8,50 Euro zahlen will, ist indes nicht bekannt.

Wie bereits vor der Einführung des Mindestlohns malen auch jetzt wieder vor allem Wirtschaftsinstitute, die der Industrie nahestehen, den Teufel an die Wand. Nach Ansicht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung kann eine Kombination aus einer sich irgendwann wieder abkühlenden Konjunktur und einem steigenden Mindestlohn sehr gefährlich werden. „Dann würden die Kosten der Arbeit steigen, und die Firmen hätten gleichzeitig weniger Nachfrage“, fürchtet das Institut laut *Süddeutsche Zeitung*. Der Bedarf an Arbeitskräften würde sinken. „Und wenn diese gleichzeitig noch teurer werden, ist die Gefahr

von Entlassungen sehr hoch“, so die Ökonomen. Das Rheinisch-Westfälische Institut mit Sitz in Essen hatte allerdings in einem anderen Gutachten auch schon behauptet, die momentan sehr hohen Stromkosten würden durch den Ökostrom erzeugt. Das Politmagazin Monitor konnte diesen Zusammenhang widerlegen.

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle sagt in der Süddeutschen Zeitung eine allgemeine Steigerung der Lohnkosten voraus: „Alle, die vorher 9,50 Euro verdient haben, wollen auch mehr verdienen, um den Abstand wieder herzustellen.“ Ein Schreckensszenario, das die Wirtschaft immer zeichnet wenn Arbeitnehmer ihre Interessen wahrnehmen und ein größeres Stück vom Konjunkturkuchen abhaben wollen. Dabei geht der Mindestlohn nach Ansicht der Opposition im Bundestag an den erwerbstätigen Hartz IV-Aufstockern weitgehend vorbei. Selbst die 8,50 Euro reichten nicht, um eine Familie zu ernähren. Der Mindestlohn sei zwar richtig, aber im Moment noch kein Mittel zur Armutsbekämpfung.



Foto: Siegfried Fries – pixelio.de

**IN MÜNSTER
GEHT MEHR.**

Maria Klein-Schmeink
Oberbürgermeisterin
für unsere Stadt

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Das **Verwertungs-** **potential** der Arbeitslosigkeit

Unsere Zeitschrift befragt in einer losen Interviewreihe VertreterInnen der im Stadtrat Münster vertretenen Gruppierungen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Den Anfang macht die Partei Die Linken. Das Interview führte Jörg Grieger, Redaktionsmitglied der SPERRE, mit Martin Scholz, Fraktionsgeschäftsführer der Linken im Stadtrat Münster und Rüdiger Sagel, Vorsitzender der Stadtratsfraktion, Die Linke.

Herr Scholz, Sie sind arbeitsmarktpolitischer Sprecher für DIE LINKE Ratsfraktion im Sozialausschuss. Was bedeutet Hartz IV für Sie?

Zunächst ist Hartz IV ja ein Gewächs der neoliberalen Agenda 2010. Ziel war es vor allem einen riesigen Niedriglohnsektor zu schaffen, was Schröder auch 2005 schon zugegeben hat, um wiederum noch stärker mit anderen Exportländern konkurrieren zu können und die Arbeitslosenzahlen zumindest statistisch zu senken. Dazu wurde die Arbeitslosenhilfe abgeschafft und die Arbeitsmarktpolitik brutal auf neoliberal getrimmt.

Hartz IV bedeutet für mich nicht nur Eingriff ins Lohngefüge, sondern zugleich Schikane per Gesetz, wie Heribert Prantl es einmal treffend in der Süddeutschen benannte.

Es spricht rational und menschlich gedacht wirklich nichts für und alles gegen dieses Gesetz aus rot-grüner Regierungszeit, dessen Entwurf allerdings unter der damaligen schwarz-gelben Bundesratsmehrheit praktisch sogar noch verschärft worden war.

Herr Sagel, Sie sind Fraktionsvorsitzender der LINKE im Stadtrat. Wie ist Hartz IV zu bewerten?

Hartz IV ist neoliberal, weil die Menschen dem Markt radikal ausgeliefert werden. Der damalige Kanzleramtsminister Bodo Hombach sprach einmal davon, man wolle das soziale Netz für Erwerbsfähige zu einem Trampolin machen. Hilfe vom Staat erhält man

Foto: Martin Scholz



nur, wenn man alles tut, um marktgängiger zu werden. Unter dem Stichwort Eigenverantwortung soll man mit anderen Schicksalsgegnossen im harten Wettbewerb um niedrig bezahlte Jobs konkurrieren. Zudem gibt es dann auch noch viel weniger Arbeitsplätze als Arbeitssuchende. In Münster gibt es ein 1:8-Missverhältnis von offenen Arbeitsstellen zu Arbeitssuchende. Zugleich ent-biographiert Hartz IV die Arbeitslosen. Wenn im Prinzip jede Arbeit für jeden zumutbar ist, braucht man nicht mehr nach der Erwerbsbiographie, den Wünschen und Vorstellungen der Individuen zu fragen. Alles Beraten in Fragen des Berufs ist eigentlich überflüssig, wenn man dieses Gesetz ernst nimmt. Jede angebotene Arbeit soll ja bei Strafe angenommen werden. Es geht bei der Kompetenzanalyse gerade noch darum, Verwertungspotenziale beim sogenannten „Kunden“ zu registrieren beziehungsweise im Jargon des Jobcenters gesprochen zu „entwickeln“.

Herr Scholz, was stört Sie am meisten am Hartz IV-System?

Die unbeschränkte Zumutbarkeit bei der Arbeitssuche in Kombination mit der Strafandrohung bei Verweigerung. Erstere ist ein Ausfluss der Doktrin von Peter Hartz, dass vor allem und als oberstes Ziel die „Beschäftigungsfähigkeit“ der Arbeitslosen erhalten bleiben müsse, als wäre diese akut gefährdet. Die Soziologin Frigga Haug verglich die Visionen von Peter Hartz in diesem Zusammenhang einmal mit denen Henry Fords, der circa hundert Jahre früher von einem neuen Menschentyp geträumt hatte. Du sollst dich selbst so ausrichten, dass du jederzeit und an jedem Ort, auf jede Dauer wie eine Maschine einsetzbar wirst. Eine gruselige Vorstellung. Das hat nichts mit Menschenfreundlichkeit und alles mit entfremdender Humankapitalverwertung zu tun. Arbeitsvermittlung sollte doch vielmehr wie bei einer guten Partnervermittlung laufen:

Arbeit und ArbeiterInnen müssen zusammenpassen, damit die Partnerschaft hält und Freude macht.

Herr Sagel, was halten Sie von Sanktionen?

Das Kürzen des Existenzminimums ist unserer beider Meinung nach verfassungswidrig: Das Existenzminimum darf jemandem schon aufgrund Artikel 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 nicht verwehrt werden. Mancher systemkonforme Jurist argumentiert, dass zwischen physischem, das heißt nur das nackte Überleben wird gewährleistet, und soziokulturellem Existenzminimum zu unterscheiden ist. Noch heute sind aber sogar Kürzungen in der Höhe von hundert Prozent möglich. Diese Frage wurde wohlweislich lange nicht vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt. Das Sozialgericht Gotha hält jetzt allerdings die Hartz IV-Sanktionen für verfassungswidrig und ruft deshalb das Bundesverfassungsgericht an. Die Klage wird jetzt an das Bundesverfassungsgericht geleitet. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass Sanktionierte jetzt mit Verweis auf das Urteil von Gotha in Widerspruchsverfahren mindestens eine Aussetzung der Sanktion einfordern können, bis das Bundesverfassungsgericht ein entsprechendes Urteil gefällt hat. (siehe auch Seite 34, *Anm. der Red.*)

Herr Scholz, sollten Arbeitslose denn keinerlei Mitwirkungspflichten haben?

Um den passenden Arbeitsplatz mit dem/r passenden Arbeitslosen zusammenzubringen, braucht man zunächst einmal überhaupt einen Arbeitsplatz, den man vermitteln könnte. Wenn diese Arbeitsplätze aber gar nicht in ausreichender Zahl angeboten werden können, ist es höchst unfair und einfalllos, vom Arbeitslosen zu verlangen, er solle diesen Arbeitsplatz aber finden und ihm die Beweislast aufzubürden. Selbst wenn alle freien Stellen besetzt



cuba

Arbeitslosenberatung

Cultur- und Begegnungszentrum Achtermannstraße

Beratung nach Vereinbarung sowie
Offene Sprechstunde dienstags 9.30 – 12.30 Uhr

Achtermannstr. 10 – 12
D – 48143 Münster

Tel. 0251/ 51 19 29
cuba-beratung@muenster.de
www.cuba-Arbeitslosenberatung.de

gefördert von der EU, vom Land NRW
und von der Stadt Münster





würden, wäre die große Mehrzahl der Arbeitslosen immer noch arbeitslos. Obwohl es also objektiv gar nicht genug Stellen gibt, ist man selber plötzlich schuld, wenn es keinen geeigneten Arbeitsplatz für einen gibt und man sich immer noch billiger verkaufen soll. Diese Art Mitwirkungspflicht lehnen wir ab.

Herr Sagel, kann in dieser Situation nicht—wenn überhaupt—am ehesten ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Jobcoach und Arbeitslosen helfen?

Die Machtasymmetrie zwischen den beiden verhindert ja aber eine echte Zusammenarbeit auf Augenhöhe! Die völlig verfehlt Bezeichnung der Arbeitslosen als „Kunden“, welche ja sogar landläufig eigentlich König sein sollen, ist vor dem Hintergrund möglicher Sanktionen blanker Zynismus. Der Jobcoach erhält per Gesetz die Befugnis den Arbeitslosen zu bevormunden, eine durch und durch paternalistische Gesetzesausrichtung.

Herr Scholz, DIE LINKE hatte sich damals gegen das Optionskommunemodell gewandt. Sehen Sie auch Vorteile darin, dass Münster eine Optionskommune ist?

Das Optionsmodell bedeutet formal nur, dass die Kommune/die Stadt zuständig ist für die Leistungszahlung, die Vermittlung und die Kosten der Unterkunft. Bei getrennter Trägerschaft wäre die Bundesagentur für die Leistungszahlung und Vermittlung zuständig und die Stadt für die Kosten der Unterkunft. Es gibt gute Gründe gegen das Optionsmodell zu sein. Wir denken aber, wenn Münster sich schon mal dazu entschieden hat, Optionskommune zu sein, dann sollte Münster auch zum Synonym für eine echte inhaltliche Option zur bisherigen Praxis werden. Wir möchten den Begriff der Optionskommune mit anderem Inhalt füllen. Wir würden uns zum Beispiel wünschen, der Rat der Stadt Münster hätte den Mut, die Stadt zur sanktionsfreien Stadt zu erklären, das heißt, das hiesige Jobcenter anzuweisen, zukünftig auf die Verhängung von Sanktionen komplett zu verzichten. Dann könnte das Jobcenter sich den Sicherheitsdienst sparen. Aber soviel kommunaler Widerstandsgeist gegen die Umsetzung eines mutmaßlich verfassungswidrigen Bundesgesetzes ist wohl auf absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Abgesehen davon, dass bei weitem nicht alle Ratsleute gegen Sanktionen sind.

Foto: Erich Westendarp www.pixelio.de



Herr Sagel, ist das Jobcenter nicht gesetzlich verpflichtet zu sanktionieren, wenn Verstöße stattfinden?

Schon jetzt verzichtet das Jobcenter Münster in der sogenannten „Kennenlernphase“ auf Sanktionen. Wer sagt denn, dass man da nicht weiter gehen kann? Uns ist natürlich bewusst, dass zum Beispiel der Bundesrechnungshof oder die Agentur für Arbeit, Schwierigkeiten machen könnten, doch bekämen sie selbst auch schon bald Argumentationsprobleme. So einfach lässt sich die kommunale Selbstbestimmung nicht aushebeln.

Herr Scholz, wenn es zu wenig Stellen gibt, brauchen wir dann nicht mehr öffentlich geförderte Beschäftigung?

Genau. Wir müssen die richtigen Konsequenzen aus der schlichten Tatsache ziehen, dass im Produktionssektor immer mehr Arbeit automatisiert wird. Zugleich wird aber bei den Berufen gespart, in denen auf absehbare Zeiten der Mensch unersetzlich ist und in welchen, oft aufgrund von Arbeitsverdichtung, die viel zu wenigen Beschäftigten zusätzlichem Stress ausgesetzt sind, zum Beispiel in der Pflege oder in den Krankenhäusern. Mehr korrekt bezahlte Stellen in diesen Bereichen zu schaffen ist dringlicher denn je!

Bei den Tätigkeiten, die im Rahmen eines öffentlichen Beschäftigungssektors verrichtet werden könnten, handelt es sich ja um gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten, die sich im kapitalistischen Sinne



Foto: Dr. Stephan Barth – pixelio.de

nicht rechnen und deshalb staatlich finanziert werden, allerdings nicht unbedingt vom Staat organisiert werden müssten. Nicht der Ein-Euro-Job, aber gesellschaftlich nützliche, vernünftig bezahlte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen steuerfinanziert organisiert werden. Die gesellschaftliche Nachfrage ist ja da und diejenigen, die das finanzieren könnten, sind auch da. Man muss es politisch nur wollen.

Herr Sagel, dem Jobcenter ist seit 2012 eine unabhängige Beschwerdestelle, der Ombudsrat, zur Seite gestellt worden. Wie funktioniert diese Beschwerdestelle?

Die Aktiven in der Beschwerdestelle haben seit zwei Jahren sehr kritische Berichte verfasst, in denen sich vieles widerspiegelt, was wir hier beschrieben haben. Es ist aber notwendig, das Ganze zu professionalisieren und vor allem auch mehr Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Denn viele Menschen wissen immer noch nicht, dass es so eine unabhängige Stelle gibt und dass sie sich konkret kümmert. Die LINKE. Ratsfraktion hat in den letzten Haushaltsverhandlungen deshalb erstmals dafür gesorgt, dass der Ombudsrat jetzt Unterstützung durch eine Vollzeitstelle erhält. Es wird aber jetzt schon wieder direkt versucht, sie ans Jobcenter anzubinden, was wir genau in unserem Ratsantrag nicht wollten. Da ist schon Ärger vorprogrammiert.

Herr Scholz, Sie haben im Mai eine Veranstaltung zum Thema „Armut in Münster“ unter anderem mit Professor Christoph Butterwege gemacht. Welche Anregungen haben Sie bei der Veranstaltung erhalten?

In der Veranstaltung sind viele Defizite konkret deutlich geworden. Die Armut ist ja in Münster auf 14,6 Prozent gestiegen. Über 5000 Kinder, das heißt jedes sechste Kind, viele Alleinerziehende und viele ältere Menschen sind davon betroffen. Die explosionsartigen Mietsteigerungen, Stromsperrern aber auch Sanktionen wurden in dieser Veranstaltung thematisiert. Wir sehen ein Bündnis gegen Armut als notwendig an. Zudem muss das Jobcenter auch hier mehr gefordert werden, um neue Jobs zu schaffen. Dies insbesondere für die Gruppe der Langzeitarbeitslosen. Das Jobcenter verwaltet fast nur statt sich konkret um den Arbeitsmarkt und -stellen zu kümmern. Wir erwarten hier keine Wunder, aber spürbare Verbesserungen für die Langzeitarbeitslosen.

Herr Sagel, Sie haben versucht, ein paar Tage beim Jobcenter in Münster zu hospitieren. Das wurde Ihnen erstmal verwehrt, wie geht es weiter?

Normalerweise freuen sich Leute immer, wenn sie ihren Arbeitsplatz und ihre Arbeit vorstellen können. Das ist beim Jobcenter in Münster das genaue Gegenteil. Da scheint die pure Angst zu regieren, dass ich was sehen könnte, was nicht gesehen werden soll. Offensichtlich haben sie auch was zu verstecken, sonst hätten sie nicht ein komplettes Verbot gegen meine Hospitation ausgesprochen. Das erstaunt besonders, da andere Leute so etwas auch schon machen konnten. Offensichtlich werde ich als LINKER als so gefährlich eingeschätzt, dass man mich da erst gar nicht reinlassen will. Ich werde aber Mittel und Wege finden. Wir sind als LINKE kämpferisch und im Interesse der Sache und der Menschen, geben wir auch in dieser Auseinandersetzung nicht auf.





City-Trödel RAFFELLAND

MÜNSTERS NEUER FLOHMARKTLADEN

Viele schöne und praktische Sachen aus
Auflösungen und Ankauf finden Sie bei uns.
Schauen Sie rein und fühlen Sie sich wohl!

<p>Wolbeckerstr. 42 48143 Münster Tel.: 0251 6742172</p>	<p>Öffnungszeiten Dienstag - Freitag: 14:00 - 19:00 Uhr Samstag 12:00 - 17:00 Uhr</p>
---	--

holtabbesenrein@gmx.de

Wage das Un_mögliche. Dare the im_possible.



women_Weltrauenkonferenz Peking

Das 21. Jahrhundert feministisch gestalten

Anne Neugebauer, Autonome Frauengruppe im Malta

Einladung zum Treffen vom 15. – 18. Oktober 2015 in Berlin.

Das Gunda-Werner-Institut und Missy Magazine laden zu einer viertägigen Veranstaltung mit Vorträgen, Workshops, Diskussionen, Filmvorführungen, Buchvorstellungen, Ausstellungen und Konzerten vom 15. bis 18. Oktober 2015 in Kooperation mit UN-Women, dem Deutschen Juristinnenbund, dem Journalistinnenbund und der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland nach Berlin ein.

Im Aufruf heißt es: „Feminismus ist aktueller denn je. Trotzdem kommen mediale Debatten von Krise bis Pegida meist ohne feministische Perspektiven und Kritik aus. Kein Wunder, dass weite Teile der Öffentlichkeit meinen, feministische Ideen erschöpfen sich in Twitter-Hashtags wie #Aufschrei und Quotenforderungen. Dabei ist Feminismus viel mehr. Feminismus bedeutet Kritik am gesellschaftlichen System und an Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung. Er zeigt gesellschaftliche Alternativen auf und formuliert politische Forderungen. Vier Tage lang stehen das Gunda-Werner-Institut und die Heinrich-Böll-Stiftung im Zeichen von Feminismen. „Dare the im_possible/Wage das Un_mögliche“

heißt das Event. (...) Es wird aktuelle Themen feministisch unter die Lupe nehmen, zum Streit herausfordern, Raum geben für verschiedene Positionen, nach innen und außen schauen, Utopien benennen und kritisieren.“

Es wird Konferenz und Labor, ein Ort zum Kennenlernen und Vernetzen sein. Hier können Feministinnen ins Gespräch kommen über feministische Visionen, Ideen und Forderungen für das 21. Jahrhundert.

Angefragt sind unter anderem Aina Iyambo (UN-Women), Roxane Gay (US-amerikanische Autorin), Sahar Rahimi (Monster Truck), Gloria Atiba-Davies (Internationaler Strafgerichtshof), Sefanie Lohaus (Missy Magazine), Simone Dede Ayivi (Performerkünstlerin), Sookee (Rapperin), Hildegard Bode (ehem. Stell. Chefredakteurin Brigitte) und Angela Mc Robbie (britische Kulturwissenschaftlerin).

Ein detailliertes Programm ist August auf gwi-boell.de zu finden. Auch eine Anmeldung ist dann möglich.



Sascha Köhlermann-www.flickr.com

ALLES ÜBER MEINE MUTTER
FAHRRÄDER - NEU UND GEBRAUCHT
LILA LEEZE

Dokument: 11 T. 000701
Mo-Fr 10-12/14-18 Uhr / Sa 10-14 Uhr

viaprinto Overnight
Bis 18 Uhr liefern, am nächsten Morgen geliefert.

Deutschlands schnellste Online-Druckerei.
Immer einfach, schnell und zuverlässig drucken.
Immer bedarfsgerecht in allen Auflagen bestellen.

Mit der Online-Druckerei von CEWE

Wir sind jederzeit online und gut geliebt für Sie da!
Tel. 0800 - 693 31 41 | www.viaprinto.de

viaprinto
www.viaprinto.de

Mieterhöhung
Wohnungsmängel
Kündigung
Hohe Lebenskosten...

Mieter/innen-Schutzverein
Münster u. Umgebung e.V.

**Kompetent.
Schnell.
Preiswert.**

Achtermannstr. 10
48143 Münster (Nähe HBF)
msv@muenster.de
mo - do: 9 - 13 Uhr · 14 - 18 Uhr
fr: 9 - 12 Uhr
Anrufen und Beratungstermin vereinbaren!

02 51 / 51 17 59

www.mieterschutzverein-muenster.de

MITEINANDER. NACH VORN.

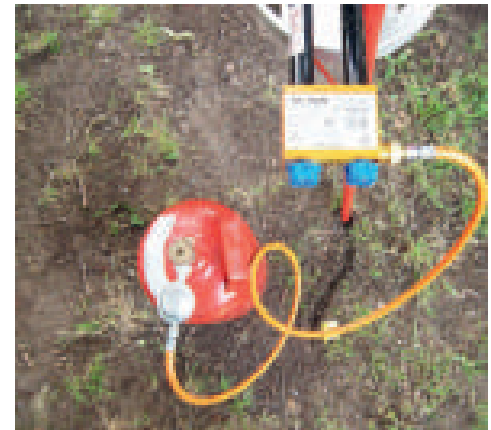
„Münster geht voran“ ist mein Motto für die nächsten 5 Jahre. Ich freue mich darauf, mit Ihnen meine Ideen auf einer der zahlreichen Veranstaltungen überall in der Stadt oder im Netz zu diskutieren.

Arbeitsplätze
12.000 neue Stellen bis 2020

13.9. Markus für Münster

**MÜNSTER GEHT VORAN
MARKUS LEWE**

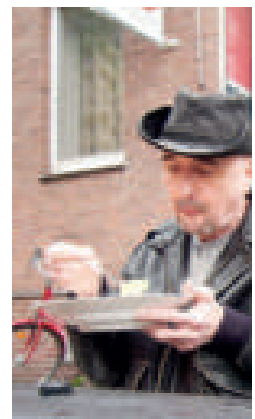
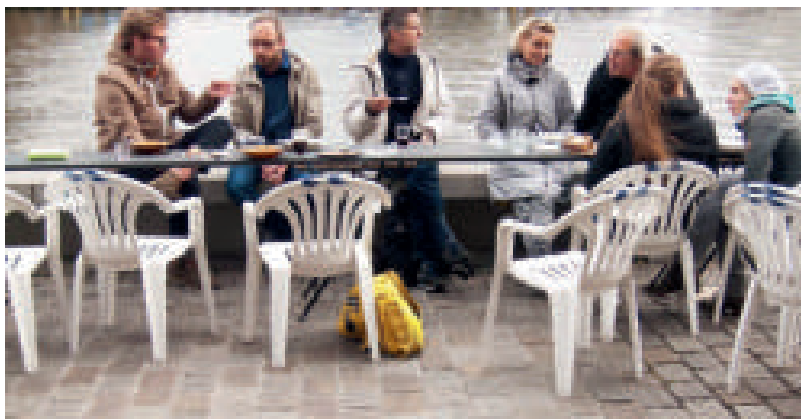
WWW.MARKUS-LEWE.DE



Das Politische im Kulinarischen

Das mobile Koch-Kunst-Projekt „Lulu Banal“ versucht für einen Sommer lang, das Angenehme mit dem Nützlichen im Münsteraner Hansaviertel zu verbinden. Bauchfüllen, Gaumengenuss und eine süd-östliche Praxis des geselligen miteinander Essens verbindet sich in diesem Projekt mit temporären Besetzungen des öffentlichen Raumes in diesem Viertel als Kommentar zu den sozialen Wandlungen in dem ehemaligen Arbeiterviertel. Bei bis zu 20 Mittag- und Abendessen, mal mediterran am Wasser, mal lauschig und baumbeschattet, mal urban – bizarr auf einer Grasnarbe am Hansaring, kamen mal viel, mal wenig Menschen für alle sicht- und finanzierbar zum gemeinsamen Speisen. Die kommerzielle Gastronomie am „Kreativkai“, reklamierte schon den unlauteren Wettbewerb, ein anonymes „Blockwart“ setzte das Gesundheitsamt in Bewegung und die Mund-zu-Mund-Propaganda spült immer wieder neue Gesichter an die lange Essenstafel. Bis Mitte/Ende Juli ging es noch weiter.

Artikel Autor und Fotograf: Josef Kleine



Kontakt:
 Stephan US/Amira Hammami
 Speicher II | Hafeweg 28 | 48155 Münster
 Fon: +49 (0)251 -6253824 | Mobil: +49-(0)1520-9122040
 e-mail: stephan.us@versanet.de | hammami@gmx.de
 archiv-des-nichts.de
 stealthepixel.eu
 grenswerte.eu
 zeigesokultur.de

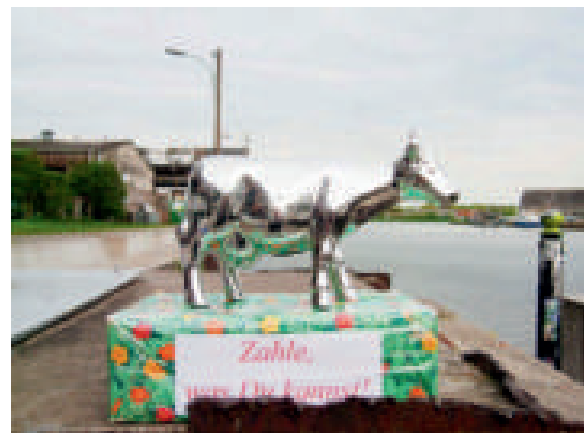
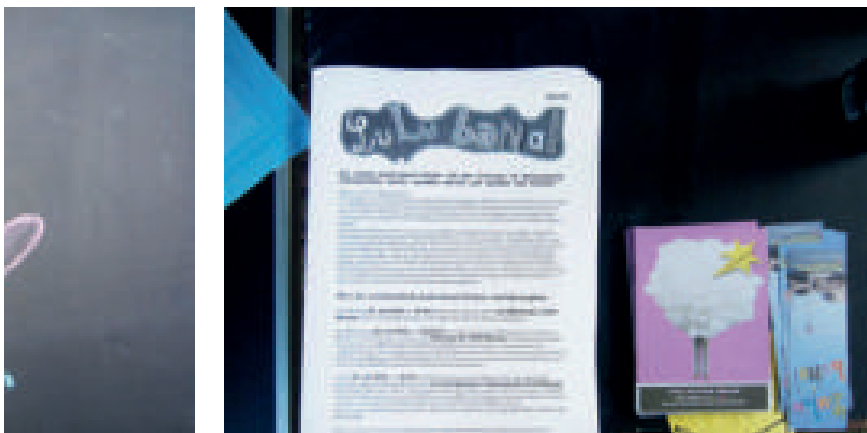




Foto: Michael Bührke – pixelio.de

Wenn die Waschmaschine ihren Geist aufgibt

von Gerrit Hoekman

Hartz IV-Bezieher brauchen immer häufiger ein Darlehen

Die großen Sozialverbände sind sich seit langem einig: Der momentane Hartz IV-Satz reicht schon nicht aus, den monatlichen Lebensunterhalt menschenwürdig zu bestreiten. Wenn dann auch noch die Waschmaschine kaputtgeht oder der Kühlschrank, ist finanziell endgültig Schicht im Schacht. Leistungsempfänger sind dann gezwungen, beim Jobcenter ein Darlehen aufzunehmen

Diese Zahl ist in den letzten vier Jahren um 20 Prozent gestiegen, wie eine Anfrage der LINKEN im Bundestag bei der Bundesagentur für Arbeit ergeben hat. 2014 gewährte das Jobcenter im Schnitt 18.700 Kredite pro Monat, berichtet unter anderem die Tageszeitung *jungeWelt*. Gemittelt belief sich die Höhe auf 365 Euro pro Darlehen. Das seien gut hundert Euro mehr als noch vor fünf Jahren, ergänzt Spiegel Online. „Die Vergabe von Darlehen an Hartz IV-Empfänger durch die Jobcenter belegt, dass die Höhe der Hartz IV-Regelsätze nicht ausreicht, um die Grundsicherung des Lebensunterhaltes zu gewährleisten“, stellte Sabine Zimmermann, die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, bereits vor zwei Jahren auf der Internetseite der Partei fest. „Durch die steigende Gewährung der Darlehen erbringt das Hartz IV-System selber den Beweis, dass die Regelleistung prinzipiell viel zu niedrig angesetzt ist.“

Die rot-grüne Koalition hatte mit der „Agenda 2010“ das System der Sozialhilfe gründlich umgemodelt. Unter anderem müssen die Leistungsempfänger seitdem jeden Monat einen festgelegten Betrag für außergewöhnliche Ausgaben zurücklegen, im Hartz IV-Jargon „ansparen“ genannt. Dazu gehören zum Beispiel eine neue Brille oder eben auch langlebige Konsumgüter wie ein Kühlschrank oder eine Waschmaschine, aber auch ein Fahrrad fürs Kind. Bis zur sogenannten rot-grünen Hartz IV-Reform konnten Leistungsempfänger das Geld für solche Sonderausgaben außer der Reihe beim Sozialamt beantragen. Das Ansparen gelingt nur den wenigsten, denn grau ist alle Theorie. In der Praxis haben Hartz IV-Gemeinschaften am Ende des Monats so gut wie nie Geld übrig, das sie für größere Anschaffungen zurücklegen könnten. Wenn drei Tage

vor dem Ersten nur noch zehn Euro im Portemonnaie sind und die Tochter unerwartet einen neuen Füllfederhalter für die Schule braucht, ist der beste Haushaltsplan über den Haufen geworfen. Manche Ausgaben erlauben eben keinen Aufschub.

Einige Leistungsempfänger können am Anfang bei Sonderausgaben noch auf Rücklagen aus der Zeit vor der Arbeitslosigkeit zurückgreifen. 150 Euro pro Lebensjahr sind als Sparguthaben erlaubt. Doch irgendwann ist der Notgroschen aufgebraucht und Langzeitarbeitslose können fortan täglich dabei zuschauen, wie sich nach und nach der Hausstand auflöst. Hier bricht ein altersschwaches Regal zusammen, dort gibt der Staubsauger seinen Geist auf – für beides müssen sie selbst aufkommen. Im Regelsatz von 399 Euro pro Monat sind nämlich laut Gesetz 30,24 Euro für Möbel und Haushaltsgegenstände vorgesehen. „Im Alltag löst jede defekte Waschmaschine oder jede andere unvorhergesehene Ausgabe einen sofortigen Engpass aus“, schreibt der Paritätische Wohlfahrtsverband in einer Broschüre zu „Zehn Jahre Hartz IV“.

Die deutschen Gerichte haben allerdings in der Vergangenheit Ausnahmen zugelassen. Wenn etwa ein Kinderbett zu klein geworden ist, muss das Jobcenter ein neues, größeres bezahlen. Die Baby-Erstausrüstung gehört ebenfalls zu den Sonderausgaben, die das Jobcenter übernehmen muss. Und wenn die Kinder in die Schule kommen, können Eltern beim Amt einen Schreibtisch beantragen. Wer aber schlecht sieht und sich aus Versehen auf die Brille setzt, ist arm dran, denn die Ära der „Kassenbrille“ ist seit der rot-grünen Gesundheitsreform unter Gerhard Schröder vorbei: Für das Gestell zahlt die Krankenkasse keinen Cent mehr, bei den Gläsern allein noch die allerbilligsten. Das Jobcenter springt nur ein,

wenn es sich um eine chronische Augenkrankheit handelt oder eine erhebliche Sehbehinderung. Kurz- und Weitsichtigkeit zählen nicht dazu.

„Die Menschen müssen auf Darlehen zurückgreifen“, so Sabine Zimmermann von den LINKEN. Beim Jobcenter muss der Kredit, wenn er denn überhaupt gewährt wird, mit einer Tilgungsrate von monatlich zehn Prozent zurückgezahlt werden, normalerweise also 39 Euro pro Monat. „Den Betroffenen (steht) dieser Betrag dann natürlich zum Bestreiten der anfallenden regelmäßigen monatlichen Ausgaben nicht zur Verfügung.“



Foto: w. r. wagner – pixelio.de

www.stadtwerke-muenster.de

Energiesparen ist doch ganz einfach!

- ✓ Kostenlose Tarif- und Energiesparberatung
- ✓ Energiespar-Produkte
- ✓ Expertensprechstunden

Dies alles und vieles mehr bieten wir Ihnen im CityShop, Salzstr. 21, im Kundencenter am Hafenplatz 1 oder unter der Kunden-Hotline 02 51.6 94-12 34.

Wir beraten Sie gern.



Einfach. Näher. Dran.



Stadtwerke Münster

Lexikon der Aufklärung

von Norbert Attermeyer

Wo Gesinnung die Sprache verkleistert da tut Aufklärung not

WAFFENNARREN

Ein Waffennarr im Kreis Warendorf schießt betrunken einen BauarbeiterInnen an (Westfälische Nachrichten 06.05.15). Jetzt musste er alle seine Waffen abgeben. Er sagte, er habe eine Taube schießen wollen, der Narr.

Narren kennt man sonst spielerisch aus dem Karneval, Narrhallamarsch. Oder lieblich, wenn einer vernarrt ist. Die deutsche Sprache ist salopp. Den Jagdschein kennt sie auch zwei Mal: als Ausweis, der zur Jagd berechtigt und eben, scherzhaft als amtliche Bescheinigung der Unzurechnungsfähigkeit (Berlin-brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache, 08.05.2014). Wer den Jagdschein hat, kann „frei schießen“, muss keine Strafe fürchten.

Gerade brennt es wieder an vielen Stellen der Welt. Konflikte werden wieder häufiger mit Waffen ausgefochten. Wer andere Lösungen vertritt, gilt als unrealistisch oder als gefährlicher Pazifist.

Eine Zeitlang waren Amokläufe an Schulen ein Problem. Davon hört man jetzt weniger. Dafür werden an vielen Stellen der Welt Söldner angeworben. US-amerikanische Sicherheitsfirmen tun das für den Krieg im Irak, der IS tut es ebenso, Oligarchen auf beiden Seiten in der Ukraine heuern privat Kämpfer an, verschiedene Staaten in Afrika ebenfalls und ... und ... und. Auch Deutsche kämpfen mit. (avo)

Foto: Tanja Ritter – pixelio.de

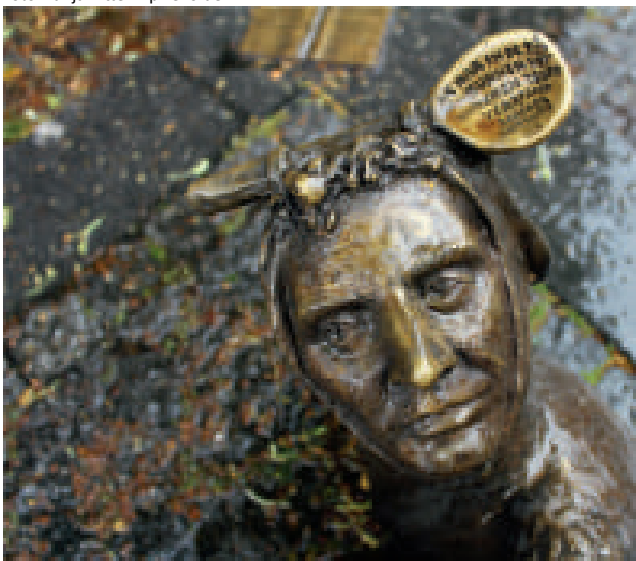


Foto: Manfred Walker – pixelio.de

Sie meinen, Sie schaffen das nicht?
Machen Sie sich keine Gedanken, mit uns klappt das schon!

**BND, Verfassungsschutz,
MAD – Drei Säulen für gute Dienste ...**
Mit bewährten Partnern aus der ganzen Welt!

Feuerwehr Wiesbaden, Michael Langemann – flickr.com



VORRATS DATENSPEICHERUNG

Dieser Begriff hört sich erst einmal recht positiv an. Es ist doch immer gut, wenn der Staat sich auf schlechte Zeiten einstellt und schon mal einen Vorrat anlegt. Daten gehen nicht verloren und werden auf jeden Fall zehn Wochen gespeichert. Was sonst für immer verloren wäre wird nun vorsorglich gespeichert. Natürlich stimmt diese eher unbewusst wirkende Formulierung mit dem wirklichen Inhalt nicht überein. Bei der Vorratsdatenspeicherung stellt der Staat seine Bürger erst einmal zehn Wochen unter Generalverdacht. Nur wenn ich in diesem Zeitraum nicht unangenehm auffalle, werden meine Daten gelöscht.

Und dass man schnell unangenehm auffallen kann, das musste der Berliner Soziologe jetzt schmerzhaft erfahren. Er wurde im Morgengrauen vom Verfassungsschutz mit allen Schikanen festgenommen und wurde erst nach drei Wochen Haft wieder entlassen. Sein „Vergehen“: er hatte zu häufig in seinen e-mails die Begriffe Prekarisierung und Gentrifizierung benutzt! Bis heute ist kein Fall bekannt in dem aufgrund der Datenspeicherung ein terroristischer Anschlag verhindert wurde. Trotzdem wird die Bevölkerung flächendeckend ausgespäht.

Was einen anderen Verdacht nährt: Geht es etwa gar nicht so sehr um Terrorismusbekämpfung sondern um die Ausforschung der eigenen Bevölkerung? Stasi hört mit. Jetzt in ganz Deutschland. **Vorratsdatenspeicherung = Spion zu Hause**

GREXIT = AUS DEM ENGLISCHEN: GREEK UND EXIT

Gemeint ist ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion. Wir erinnern uns: Das Jahr hatte noch gar nicht richtig begonnen, da wurde aus Berliner Regierungskreisen munter über einen Grexit spekuliert. Mit allen bösen Folgen für Griechenland. Natürlich nur für den Fall, dass bei den anstehenden Wahlen die Falschen an die Macht kommen sollten. Und was passierte? Trotz der massiven Einmischung aus Berlin wurden die Linken gewählt. Demokratie ist manchmal so.

Seitdem vergeht aber keine Woche in der aus Berlin nicht Stimmung gegen die neue griechische Regierung gemacht wird. Und das im freien Niveau-Limbo: „Sollen erst mal ihre Hausaufgaben machen“ (Schäuble), „... das freche griechische Bürschchen“ (Volker Kauder, gemeint war Alexis Tsipras), oder das ARD-Morgenmagazin: „ein Mann mit einem Benehmen wie eine offene Hose“.

Da gibt es nach einer Wahl in Griechenland erstmalig eine Regierung, die nicht korrupt ist. Die zum ersten Mal glaubhaft Steuern auch bei den Bestverdienenden und Vermögenden eintreiben würde. Und was sagt Berlin? Früher war doch besser. Weil die Vorgängerregierungen klaglos die ihnen verordnete Austeritätspolitik umgesetzt haben. Die Politik nämlich, die in den letzten fünf Jahren die Karre erst richtig in den Dreck gebracht hat. Die Reichen, die Gewinner der Bankenkrise blieben unangetastet, inklusive mancher Luxusrenten für „verdiente“ Beamte. Dafür brachen die Löhne um 25 Prozent ein, die Krankenversorgung wurde drastisch gekürzt, die kleinen Renten wurden zusammen gestrichen. Aber

trotzdem: Die Staatsverschuldung stieg weiter drastisch an. Mit anderen Worten: Die Politik von EZB, IWF und EU ist eigentlich komplett gescheitert. Statt aber das Steuer jetzt rumzureißen, bestehen diese Institutionen allen voran unsere Kanzlerin weiter auf die Umsetzung der bisherigen schrecklich sinnlosen Politik. Vertrag ist Vertrag.

Hinter vorgehaltener Hand erzählt man sich in Brüssel aber anderes: Es geht und ging allein darum die neue griechische Regierung schnell abzusagen. Denn in diesem Jahr finden auch Wahlen in Spanien und Portugal statt. Und so könnte ein Flächenbrand entstehen. Weg von der gescheiterten Austeritätspolitik hin zu einem sozial gerechten Europa. Und dies gilt es mit allen Mitteln zu verhindern. Europa gehört jetzt den Banken. Weshalb jetzt auch EZB und IWF über das Wohl und Wehe eines europäischen Volkes entscheiden können. „Marktkonforme Demokratie“ nennt Angela Merkel das. Obwohl diese Politik für die Wenigen wirtschaftlich keinen Sinn macht. Dies hat ausgerechnet der IWF in einer aktuellen Studie herausgefunden. Nämlich, dass das Wirtschaftswachstum sinkt, wenn die reichsten 20 Prozent noch reicher werden und dass es steigt, wenn die unteren 20 Prozent mehr verdienen.

Was Europa also braucht ist Herz und Verstand in einer Hand. Und kein Grexit und kein Griechenbashing. Kein über und kein unter. Deswegen hier noch einmal die Kinderhymne von Bert Brecht. Wäre ja beinahe unsere Nationalhymne geworden:

Hammerhai und Putzerfisch

Früher nannte man sie Informanten
heute heißen sie neudeutsch
Whistleblower. Doch egal welchen
Namen sie auch tragen, Journalisten
brauchen sie wie der Hammerhai
den Putzerfisch. Ohne mutige
Menschen, die aufgrund ihres
Insiderwissen, etwa über die
illegalen Machenschaften des
Arbeitgebers, mit den Medien
Kontakt aufnehmen, wäre guter
Journalismus unmöglich.

Doppelangriff auf die Pressefreiheit



Foto: Christian Evertbusch – pixelio.de



Foto: Martin Berk – pixelio.de



Sammeln Sie mit uns Ihre Daten!
Sorgen Sie vor für die Zukunft! Nur bei uns sind Ihre Daten sicher!
Vorratsdatenspeicherung in den besten Händen!

BND, Ihr guter Dienst in der Servicewüste Deutschlands!
Mit bewährten Partnern aus der ganzen Welt!

von Gerrit Hoekman

„**K**ritische und investigative Berichterstattung ist auf Whistleblower aus Unternehmen angewiesen und hat nichts mit Industrie- und Wirtschaftsspionage zu tun“, mahnt die Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion (dju) in einer in Berlin herausgegebenen Presseerklärung, die unter anderem auch der Deutsche Gewerkschaftsbund und das Whistleblower-Netzwerk unterzeichnet haben.

Anlass ist eine geplante EU-Richtlinie über den Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Know-How. „Die Generaldirektion Binnenmarkt der Europäischen Kommission hat unter Beteiligung der Akteure aus der Wirtschaft den Entwurf zur Richtlinie ausgearbeitet, ohne die Journalistenverbände und Interessenvertretungen auf Arbeitnehmerseite aktiv einzubinden“, kritisiert die dju. Herausgekommen sei deshalb ein Vorschlag, der „vor allem den geschäftlichen Schutzinteressen der Unternehmen Rechnung“ trage.

„Wirtschaftliche Konkurrenten sind aber nicht die einzigen, die Interesse an Informationen haben, die Unternehmen geheim halten wollten“, heißt es in der Presseerklärung. Über die Hälfte der Wirtschaftskriminalität wird, nach Angaben der dju, nur aufgedeckt, weil jemand damit an die Öffentlichkeit geht, sei es indem er Anzeige erstattet oder die Presse mit Informationen versorgt, wie zum Beispiel bei vielen Lebensmittelskandalen geschehen. Informanten würden meistens aus Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit handeln und nicht um dem Betrieb zu schaden, in dem sie arbeiten. „Ein solches Verhalten setzt in der Regel ein hohes Maß an Zivilcourage voraus und muss vor Sanktionen geschützt werden“, fordert die dju. „Die Medien als Intermediäre und die demokratischen Kontrollorgane brauchen Hinweise von Insidern, um Missstände aus Unternehmen an die Öffentlichkeit zu bringen.“

Mindestens ebenso bedrohlich für die Pressefreiheit wie eine neue EU-Richtlinie zum Geheimnisverrat in der Wirtschaft ist die unlängst vom Bundeskabinett beschlossene Vorratsdatenspeicherung. Besonders Journalisten seien von der Datensammelwut der Geheimdienste betroffen, klagt der stellvertretende Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Frank Werneke in einer Pressemitteilung von Mitte Mai. Nach dem Willen der Großen Koalition soll vorsichtshalber die gesamte Kommunikation der Deutschen erfasst werden, damit sich notfalls nachvollziehen lässt, wer wann wo gewesen ist und mit wem er Kontakt hatte. Die Folge sind exakte Bewegungsprofile der Betroffenen.

Zwar werden nach Aussage der Regierung Berufsgeheimnisträger wie Priester, Ärzte, aber auch Journalisten von der Verwertung der erfassten Daten ausgeschlossen, aber es ist nach Ansicht von Verdi völlig unklar wie das in der Praxis funktionieren soll. Wer ins Visier der Datensammler gerät, soll vorab darüber informiert werden, dass seine Daten näher betrachtet werden. Journalisten müssen sich in dem Fall dann als Geheimnisträger offenbaren.

„Medienschaffende, die sich outen müssen, gefährden aber damit auch immer ihre Quelle, was einen weiteren, inakzeptablen Eingriff in die Voraussetzungen für die grundgesetzlich geschützte Arbeit der Medien darstellt“, so Frank Werneke. „Das Beschaffen und Zusammenstellen von Informationen und Daten aus diversen und zu schützenden Quellen, gehört unabdingbar zur journalistischen Recherche. Sorgfältige journalistische Arbeit ist keine Straftat, das muss im Gesetz deutlich werden.“ Verdi hofft nun auf das Bundesverfassungsgericht, das der Vorratsdatenspeicherung einen Riegel verschieben könnte.

Flüchtlinge auf die Straße

Wie das Nachbarland Niederlande mit dem Thema umgeht

Die länderspezifischen Stereotypen sind bekannt: Die Schotten sind geizig, die Deutschen ordentlich, die Briten haben ein Spleenig, ... Und die Niederländer sind tolerant! Wie weit diese Zuordnungen danebenliegen können zeigt der folgende Bericht.

von Gerrit Hoekman

Das „Ramada“ am Rembrandtpark in Amsterdam ist eine Nobelunterkunft. Gerade erst ist es zum besten Hotel in den Niederlanden gewählt worden. Das billige Standarddoppelzimmer kostet im Internet normalerweise in der Hauptsaison 359 Euro. Sauna und Sonnenbank inklusive. Aus der „Skybar“ im 17. Stock soll man einen wunderbaren Ausblick über die Hauptstadt haben. Tipp für Kurzentschlossene mit nötigem Kleingeld: In der Nebensaison sind längst nicht alle der 446 Zimmer gebucht, deshalb erhält man oft bis zu einem Drittel Nachlass.

Nur ein paar Straßenzüge vom Luxusshuppen entfernt hat vor einigen Monaten in einem leer stehenden Bürogebäude das „Vluchtgebouw“ (Fluchtgebäude) eröffnet, das ein grundsätzlich anderes Konzept verfolgt als das Ramada. Es gibt kein warmes Wasser und keine Dusche, nicht mal eine kalte, die Gäste schlafen auf dem Boden. Aber immerhin: Das Dach ist dicht, ab und zu fließt Strom. Und vor allen Dingen ist die Übernachtung kostenlos. Ein Zimmer im Ramada könnte sich hier selbst als Online-Schnäppchen niemand leisten.

Die 80 Gäste sind nämlich Flüchtlinge aus Somalia, dem Sudan, Jemen und Kongo, sie betreiben das „Vluchtgebouw“ in Eigenregie. Ende April haben sie das leerstehende Bürogebäude besetzt, nachdem die Polizei sie am 13. April aus ihrer alten Bleibe, einem

Foto: Dieter Schütz – pixelio.de



zum Abriss freigegebenen Parkhaus, vertrieben hatte. Danach waren die Asylsuchenden tagelang obdachlos durch Amsterdam gezogen. Fast ein Jahr hatten sie in der Parkgarage gelebt und sich mehr schlecht als recht dort eingerichtet.

Wie fast alle Staaten in Europa haben auch die Niederlande nicht mehr viel übrig für Flüchtlinge, deren Asylantrag in letzter Instanz abgelehnt wurde. Sie hätten das Land längst verlassen müssen, können aber häufig nicht zurück in ihre Heimatländer, weil es dort lebensgefährlich ist. „Ihr wollt uns zurück schicken in ein Land, vor dem die Regierung warnt, ein Land, das für Urlauber nicht geeignet ist. Aber für uns ist es offenbar gut genug“, schreiben die Besetzer auf der Homepage der Aktivistengruppe „Wij zijn hier“ (Wir sind hier). Hinzu kommt: Selbst wenn die Asylsuchenden trotz Krieg und Gewalt in ihre Heimat zurückkehren wollten, viele würden an der Grenze abgewiesen werden. In Ländern wie Somalia hat sich die staatliche Ordnung faktisch aufgelöst, es herrschen Clans und Warlords. Behörden, die Reisepässe ausstellen und Einreisegenehmigungen erteilen, gibt es oft nicht mehr.

Foto: Digimagic – pixelio.de



Nach der Räumung des Parkhauses hat der sozialdemokratische Bürgermeister von Amsterdam, Eberhard van der Laan, versucht den Flüchtlingen den städtischen „Bed-bad-en-brood-opvang“ (Bett-Bad-und-Brot-Asyl) schmackhaft zu machen. Die Menschen schlafen dort in Etagenbetten, die in großen Schlafsälen stehen. Sie bekommen Frühstück, abends eine warme Mahlzeit und dürfen die Dusche benutzen. Tagsüber haben die Unterkünfte geschlossen, die Flüchtlinge müssen die Zeit bei Wind und Wetter auf den Straßen der Hauptstadt totschlagen. Deshalb fordert „Wij zijn hier“ eine permanente Unterkunft für abgelehnte Asylbewerber, einen Ort, an dem sie nicht nur schlafen sondern wohnen können. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, besetzten im Juni weitere Flüchtlinge ein altes, ungenutztes Stadtteilbüro in Amsterdam. Kurz vorher waren sie aus einem anderen Gebäude herausgeworfen worden.

Nach groben Schätzungen haben mehrere Zehntausend Menschen in den Niederlanden keine Aufenthaltsgenehmigung. Die Rechtsliberalen von Ministerpräsident Mark Rutte würden am liebsten alle abgelehnten Flüchtlinge so schnell wie es geht loswerden. Deshalb machen sie ihnen das Leben so sauer wie möglich. Doch so einfach lassen sich die Wünsche der Rechtsliberalen nicht umsetzen, denn Mark Ruttes „Volkspartei für Freiheit und Demokratie“ muss auf ihren Koalitionspartner, die sozialdemokratische „Partei der Arbeit“ (PvdA), Rücksicht nehmen.

Nach zähen Verhandlungen schaffte die Regierung im Frühjahr einen Kompromiss darüber, wie in Zukunft mit Flüchtlingen umgegangen werden soll, die vom niederländischen Staat keine gültigen Papiere mehr bekommen. In Zukunft dürfen nur noch Amsterdam, Den Haag, Rotterdam, Utrecht und Eindhoven, die fünf größten Städte, den „Bed-bad-en-brood-opvang“ anbieten. Außerdem bleibt das zentrale Abschiebelager in Ter Apel bestehen. Die restlichen zwanzig Gemeinden müssen ihre Unterkünfte schließen, darunter auch Enschede.

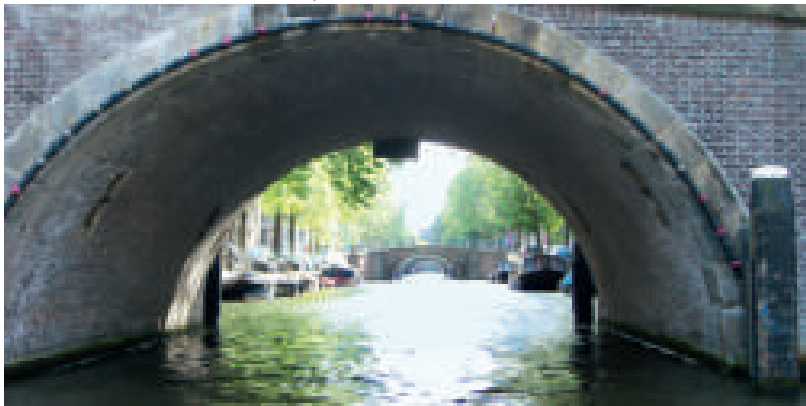
In den Notasylen sollen SozialarbeiterInnen den Flüchtlingen deutlich machen, dass sie in den Niederlanden nicht mehr zu erwarten haben als ein Leben in der Illegalität. Ohne Papiere bekommen sie keine normale Wohnung, keine geregelte Arbeit und natürlich auch keine finanzielle Unterstützung. Wer nach einigen Wochen in der „Bett-Bad-und-Brot-Unterkunft“ immer noch keine Anstalten macht zu gehen, soll nach dem Willen der Regierung auch diesen letzten Rettungsanker verlieren und komplett auf der Straße landen. Aber auch wer bereits als Flüchtling anerkannt ist und eine Aufenthaltsgenehmigung hat, bekommt Probleme: In Amsterdam warten rund 800 solcher Menschen auf eine Wohnung, die ihnen laut Gesetz zusteht.

„Der Staat gibt uns Flüchtlingen stets die Schuld, dass wir nicht zurück gehen und weigert sich einzusehen, dass wir das nicht können und er deshalb seine Politik ändern muss“, klagt ein Aktivist von „Wij zijn hier“ im Internet. „Die neuen Zentren haben das einzige Ziel, die Menschen so schnell wie möglich ins Flugzeug zu setzen oder auf die Straße“, kritisiert in einem Newsletter Emile Roemer, der Fraktionsvorsitzender der Sozialistischen Partei (SP), die im niederländischen Parlament in der Opposition sitzt.

Auch aus den Gemeinden kommt Gegenwind, die meisten wollen die Anweisung aus Den Haag ignorieren und ihre Unterkünfte

weiterbetreiben. „In Arnhem werden wir immer alle Menschen in Not mit Bett, Bad und Brot helfen. Daran ändert auch die Reichsregierung nichts“, bekräftigt Martijn Leisink, der Kämmerer der Stadt am Rhein, auf Twitter. Enschede, Den Bosch, Deventer und Nijmegen haben sich dem kommunalen Widerstand angeschlossen. Die Drohung aus Den Haag, den Geldhahn für die Unterkünfte zuzudrehen, schreckt die renitenten Kommunen nicht. Dann werde man eben die Kosten selbst übernehmen. Die Sozialdemokraten sind gespalten: Während sie in der Regierung den Kompromiss mittragen, stehen ihm viele sozialdemokratische Bürgermeister ablehnend gegenüber. „Die Menschen bleiben bei mir hängen“, klagt Ahmed Aboutaleb, Bürgermeister von Rotterdam. „Und in Rotterdam gilt: Dort schläft niemand draußen. Wenn es sein muss, hole ich sie selbst von der Straße.“

Fotos: Mirabella – pixelio.de



Kampagne der Adbustinggruppe gegen Rassismus
„Dies Irae“ in Freital am 27. Juli 2015.
urbanshit.de/category/adbusting

Ein **Banker**,
ein **BILD-Zeitungsleser**
und
ein **Asylbewerber**
sitzen am Tisch
mit 20 Keksen.

Der **Banker** nimmt sich
19 Kekse und sagt
zum **BILD-Zeitungsleser**:

„Pass auf, der **Asylbewerber**
nimmt dir Deinen
Keks weg!“

Fotos: Xenia Kehnen – pixelio.de





Foto: Wolfgang Pfensig – pixelio.de

NEO-LIBERAL

Begriffe in den Brunnen der Vergangenheit

Das vorherrschende, marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem, das die Menschen vermehrt mit Sorge betrachten, wird regelmäßig mit dem Adjektiv neoliberal umschrieben.

von Christoph Theligmann

Neoliberal ist die Vorgehensweise, wenn Arbeitsplätze gestrichen werden, um die Unternehmensrendite zu erhöhen, neoliberal sind die Akteure, die verantwortlich das TTIP Abkommen aushandeln, neoliberal sind Streichungen von Kultursubventionen. Wenn sich der Staat seinen grundsätzlichen, dem Gemeinwohl verpflichtenden Aufgaben entzieht und diese den Marktkräften überlässt, heißen diese Vorgänge begleitenden Schlagwörter ebenfalls neoliberal. Die Fortsetzung dieser Liste wäre nicht beliebig, aber zahlenmäßig sehr unübersichtlich.

In den USA ist die Bezeichnung Liberals ein Schimpfwort, adressiert an angeblich politisch links orientierte Menschen. In Europa werden Liberale fast ausschließlich mit marktwirtschaftlichen Attributen in Verbindung gebracht. Freiheitsrechte oder Schutzrechte vor staatlicher Willkür, die Individuen abseits ihrer ökonomischen Rolle als Staatsbürger zustehen, werden mit dem Begriff Liberalismus immer seltener verbunden.

Der historische Ursprung des Begriffs Neoliberal liegt in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die Begründer der sogenannten „Freiburger Schule“ – hier seien die Namen kurz ge-

nannt: Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke –, waren nicht marktradikal. Sie zogen klare Grenzen der Ökonomisierung, nicht jeder Lebensbereich sollte ihr unterstellt sein. Als Gegner der Planwirtschaft, aber auch in deutlicher Ablehnung gegenüber staatlichem Vorgehen, welches nur wirtschaftliches Interesse bedient, favorisierten sie einen Staat in der Funktion des Schiedsrichters beziehungsweise Vermittlers, der die differenten Interessen innerhalb der ihr anvertrauten Gesellschaft ausgleicht. Das verlange einen starken, unparteiischen Staat, legitimiert durch rechtliche und moralische Motive, so die Begründer der Schule, die auch als „neoliberal“ bezeichnet wurde.

So finden sich zum Beispiel in Wilhelm Röpkes Schriften sehr zeitlos klingende Formulierungen. An einer Stelle ruft er dazu auf, den „Kapitalismus vor den Kapitalisten“ zu retten, an anderer Stelle kritisiert er scharf den permanenten Versuch der Finanzwirtschaft, ihre Risiken der Gemeinschaft aufzubürden und spricht kritisch von der „Sozialisierung der Verluste“.

Heraklit, *Panta rhei* (πάντα ῥεῖ): Alles fließt! Mitunter lohnt es, auch die Herkunft der Kampf Begriffe in den Blick zu nehmen.



Sie haben vergessen, wo überall Sie Ihre Kröten vor der Steuer in Sicherheit gebracht haben? Keine Sorge, wir kennen Ihr Nummernkonto! Und wir sind diskret!

BND, Ihr guter Dienst in der Servicewüste Deutschlands!
Mit bewährten Partnern aus der ganzen Welt!

Jakob Huber/Compact – flickr.com



Fotograf: Christoph Theligmann, „Fürstenzug“

von Christoph Theligmann

Es war einmal ... : Soziale Arbeitgeber

„Die Wirtschaft ist ein Dampfer, der in Fahrt bleiben muss und bei dem es darauf ankommt, dass die dritte Klasse und das Zwischendeck auf die Lebensmöglichkeiten der ersten Klasse angehoben werden, ohne dass die Maschine heiß läuft.“

Dieser Ausspruch stammt von dem ehemaligen Porzellan-Unternehmer Philip Rosenthal. Der bereits 2001 verstorbene Philip Rosenthal wollte die Ungleichheit zwischen Vermögenden und Lohnabhängigen verringern, indem er seine Position als Unternehmer in die Waagschale warf. Rosenthal hatte folgendes im Sinn: Er zahlte den Leuten in seiner eigenen Porzellanmanufaktur einen zusätzlichen Lohn, den diese als Eigenkapital im Betrieb belassen sollten. Seine Idee aus Arbeitnehmern Kapitalisten zu machen, ging weit über heutige Modelle betrieblicher Sparförderung und MitarbeiterInnenbeteiligung hinaus.

Als Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium unter der Regierung Willy Brandt versuchte er sein Modell bundesweit einzuführen, scheiterte jedoch grandios am Widerstand der Arbeitnehmerverbände und dem der Gewerkschaften. Letztere bemängelten die aus ihrer Sicht unzureichende Arbeitnehmerkontrolle der Vermögensbildung, wenn diese lediglich als betriebliches Eigenkapital ausgewiesen würde.

Unternehmer mit sozialem Gewissen sind rar geworden. Ein Grund mehr an die wenigen zu erinnern, die nicht nur an soziale Gerechtigkeit glauben, sondern ihr Handeln aktiv an den eigenen Maximen ausrichten.

Tarifvertrag fürs Jobcenter

Seit der Arbeitsmarktreform vor zehn Jahren gibt es Jobcenter. Sie sind Anlaufstellen von Bedürftigen, die keine Arbeit haben und zum Überleben Arbeit suchen. Hier soll Ihnen geholfen werden, hier werden sie aber auch angehalten, Dinge zu tun und auszuhalten, die ein normaler Mensch kaum aushalten kann, wenn sie dann ohne Erwerbsarbeit finanziell unterstützt werden.

Die Jobcenter sind die Schnittstellen, die qualifizierte und gut ausgebildete MitarbeiterInnen benötigt. Doch die Realität sieht auch nach zehn Jahren ganz anders aus, von Anlaufschwierigkeiten kann keine Rede sein.

Jetzt kommt Kritik von interner Seite. Heinrich Alt, Vorstandsmitglied bei der Bundesagentur für Arbeit (BA), spricht von einer Misere und will mit den unhaltbaren Zuständen endlich Schluss machen.

Das Amt beklagt ständige Personalwechsel, die Fluktuation erreicht Jahr für Jahr 20 Prozent. Ein eigenes Personal kennt diese Behörde nicht, viele MitarbeiterInnen sind von der Telekom, der Bahn, der Post zugewiesen worden, von Unternehmen, in denen der staatliche Einfluss immer noch immens ist. Die insgesamt 60.000 MitarbeiterInnen arbeiten für ganz unterschiedliche Arbeitgeber, mit der Folge, dass die Gehaltsunterschiede teilweise sehr groß sind. Eine vernünftige Personalplanung ist unter diesen Umständen gar nicht möglich. Dabei gehört die Arbeit in den Jobcentern im Grunde zu den ambitioniertesten Tätigkeiten, die der Sozialstaat verlangt. Als ersten Schritt zur Besserung fordert Alt jetzt immerhin einen einheitlichen Tarifvertrag.

Foto: Dr. Klaus-Uwe Gerhardt – pixelio.de

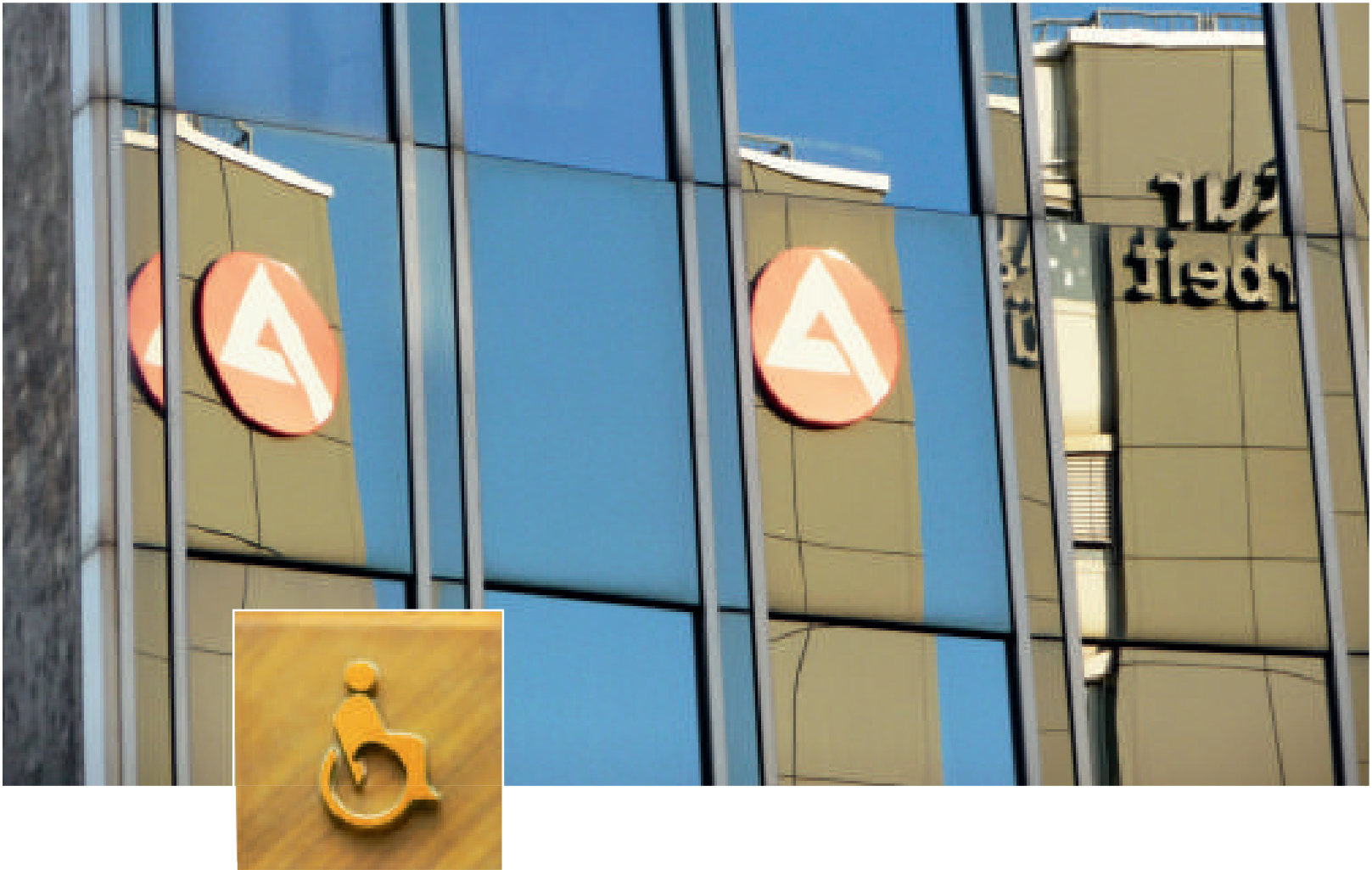


Foto: Rainer Sturm – pixelio.de

Von **Behinderung** und **Verhinderung** von **Arbeitslosigkeit**

Der Sozialpolitiker und Bundestagsabgeordneter Karl Schiewerling aus Nottuln möchte die relativ günstige Konjunkturlage nutzen, um die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hatte die sogenannten Eingliederungsmittel für Jobcenter um 40 Prozent gekürzt. Und auch Schiewerlings Vorschläge zielen nicht auf finanzielle Mehrausgaben.

Im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit, von der offiziell eine Millionen Menschen betroffen sind, machen er und seine Partei CDU unter anderem folgenden Vorschlag:

Die sogenannten Integrationsbetriebe, in denen mindestens jeder vierte Beschäftigte eine schwere Behinderung aufweist, sollten auch Langzeitarbeitslose hinzuziehen, um die 25-prozentige Mindestquote zu erfüllen. Sollte sich diese Maßnahme bewähren, könne man gleich im Anschluss nach dem Vorbild der Integrationsbetriebe neue nun Sozialunternehmen genannte Einrichtungen schaffen. Dies sei allemal sinnvoller als eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nach der anderen anzuordnen.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) legte bereits 2014 ihr Konzept gegen Langzeitarbeitslosigkeit vor. Schmetterling zeigt sich optimistisch, seine Vorschläge mit sozialdemokratischer Unterstützung in hinreichenden Gesetzesvorlagen bis Ende des Jahres wiederzufinden.

Verspätetes **Sommerloch**

Vor Wochen haben die Konservativen in Großbritannien überraschend deutlich die Unterhauswahlen für sich entschieden. Das neue Kabinett wurde rasch gebildet und nun profilieren sich die neuen Minister mit mehr oder weniger seriösen Initiativen. Ungewiss, wann die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP einen Abschluss finden. Deren Befürworter stellen unter anderem das öffentlich rechtliche Rundfunkwesen zur Disposition und bevorzugen wie auch bei anderen Themenfeldern Privatisierungsmodelle. Voller Ungeduld wendet sich nun diesbezüglich Kulturminister John Whittingdale an die britische Öffentlichkeit. Ihm geht es um eine Neujustierung des öffentlich rechtlichen Bereichs, für den in Großbritannien exemplarisch die BBC steht.

Im Jahr 2010 hatte die erstmals an die Macht gekommene Cameron-Regierung die Rundfunkgebühr auf circa und umgerechnet 200 Euro pro Person und per anno festgelegt. Und dies bis ins Jahr 2026. Diese langfristige Planung stellt Whittingdale jetzt in Frage. Für den Minister ist die Gebühr schlimmer als eine Kopfsteuer. Er habe nur das Wohl der Bürger und Bürgerinnen im Blick. Er trete für Mitbestimmung der Zuhörer und Zuschauer bei Auswahl, Programm und Kosten ein. Wahlmöglichkeit statt Zwangsabgabe so sein Credo. Klingt demokratisch, volksnah und harmlos. Die Sommerlochfestspiele finden so ihren Abschluss.

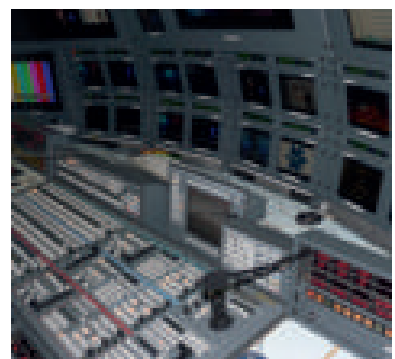


Foto: Dieter Schütz – pixelio.de



Foto: Q.pictures – pixelio.de

URTEILE & TIPPS

Sanktionen verstoßen gegen die Menschenwürde

Die Sanktionspraxis der Jobcenter lässt das Sozialgericht Gotha jetzt vom Bundesverfassungsgericht anhand eines Einzelfalls überprüfen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband spricht von einem „möglicherweise bahnbrechenden“ Beschluss.

Hintergrund ist die Klage eines Mannes, der ein Arbeitsangebot abgelehnt hatte, worauf das Amt mit der Kürzung seines A(rbeits) L(ösen)G(eld) II-Bezuges um 30 Prozent reagierte. Als der Mann zusätzlich eine Probearbeit bei einem möglichen Arbeitgeber ablehnte, kürzte das Jobcenter ein zweites Mal um weitere 30 Prozent. Beim örtlichen Sozialgericht in Gotha klagte er gegen die Kürzungen. Und dieses hat nun das Bundesverfassungsgericht eingeschaltet.

Die Richter in Gotha sehen durch die Sanktionspraxis der Jobcenter die Artikel 1 und Artikel 20 des Grundgesetzes verletzt. Im ersten ist die Unantastbarkeit der Menschenwürde, im Artikel 20 die Sozialstaatlichkeit der Bundesrepublik beschrieben. In beiden Artikeln sieht das Gothaer Gericht die Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums garantiert und ein Minimum könne nun mal nicht unterschritten werden.

Die ALG II-Leistung, auch Hartz IV-Regelsatz genannt, soll gerade mal die Existenz sichern. Mehr als das Mindestmaß will der

Sozialstaat nicht zugestehen. Ein Motiv ist Anreize zu schaffen, mit Eigeninitiative aus prekären Situationen schnellstmöglich herauszukommen. Nur, wie ist eine Existenzsicherung unter der Untergrenze möglich, wenn sanktioniert wird?

Logischerweise gar nicht und das sehen Sozialverbände wie der Paritätische Wohlfahrtsverband schon lange so. Sie haben deshalb wiederholt die Abschaffung der Sanktionspraxis gefordert. Die *Süddeutsche Zeitung* kommentierte die anstehende Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht mit den Worten „Grundrechte kann man nicht kürzen“.

Es ist nicht die Ausnahme, dass Jobcenter Sanktionen verhängen. Sanktioniert werden jährlich eine Millionen Hartz IV-Empfänger, das ist nahezu jede(r) Vierte. Die „Kunden“ erhalten Leistungen am Rande des Überlebens. So bewirkt jede vollzogene Sanktion beziehungsweise Leistungskürzung, dass dieser Rand überschritten wird und direkt und unmittelbar in die Existenzgefährdung führt. Eine Praxis, die verbindlich vom Bundesverfassungsgericht als grundrechtswidrig beurteilt werden sollte. (ct)

Anmerkung zum weiteren Vorgehen im Einzelfall:

Dieses Verfahren am Bundesverfassungsgericht öffnet die Tür für andere Betroffene, gegen die eine Kürzung verhängt wird. Sie sollten gegen eine Sanktion Widerspruch einlegen mit Verweis auf das Urteil aus Gotha und das Verfahren am Bundesverfassungsgericht. Lehnt das Jobcenter den Widerspruch ab, klagen Sie beim Sozialgericht mit dem gleichen Argument. Das Jobcenter kann Ihr Widerspruchsverfahren (und das Gericht die Klage) so lange ruhen lassen, bis das Verfassungsgericht entschieden hat. Ihre Widerspruchsfrist haben Sie damit eingehalten, auch wenn bis zum Urteil des Verfassungsgerichts viel Zeit ins Land geht.

Selbst wenn die Widerspruchsfrist schon abgelaufen ist, kann man gegen einen Sanktionsbescheid rückwirkend noch vorgehen, wenn er nach dem Beginn des Vorjahres ausgesprochen wurde, im Jahr 2015 also für Bescheide ab dem 1. Januar 2014. In diesem Fall sollten Sie eine Überprüfung Ihrer Sanktion nach § 44 SGB X beantragen. Wird so ein Antrag abgelehnt, dann Widerspruch einlegen und das weitere Prozedere wie oben.

Bei Unsicherheit holen Sie sich fachlichen Rat bei einer Arbeitslosenberatungsstelle oder einem Anwalt. (avo)



Foto: Philipp Freilinger - pixelto.de

von Gerrit Hoekman

Jobcenter darf Spritgeld nicht anrechnen

Erstattet ein Arbeitgeber seinem Angestellten die Fahrtkosten, darf das Jobcenter dies nicht als Einkommen anrechnen. Das entschied das Sozialgericht in Detmold. Eine Bezieherin von SGB-II-Leistungen arbeitete als Gebietsbetreuerin für einen Werbeverlag und benutzte dafür den eigenen PKW. Die Firma zahlte ihr dafür Kilometergeld.

Die Richter waren der Meinung, dass die Kilometerpauschale nicht anders zu bewerten sei als eine Abschlagszahlung für Strom. Falls in diesem Fall am Ende des Jahres eine Rückzahlung des Strombieters geleistet werde, dürfe das Jobcenter dies nicht als Einkommen anrechnen. Ebenso verhalte es sich mit voraus geleistetem Kilometergeld. Eine Ausnahme sei höchstens gegeben, falls der Arbeitgeber Spritgeld zahle, ohne einen genauen Nachweis der tatsächlich entstandenen Kilometer zu verlangen.

Sozialgericht Detmold, Aktenzeichen S 18 AS 871/12



Datenvernichtung darf nicht sein!
Für Aktiven Datenschutz! Bei uns sind Ihre Daten sicher!

BND, Ihr **Geh-heim-Dienst!**
Mit bewährten Partnern aus der ganzen Welt!

SurfGuard zu schnell geschreddert - flickr.com

CHANCE ...e.V.

www.chance-muenster.de

Möbel und Trödel

2. Hand-Möbel · Porzellan · Bücher
Glas-Accessoires · Trödel · u.v.m.

Möbel-Trödel Friedrich-Ebert-Str. 7/15, Tel.: 62088-10
Mo - Fr: 9.30 - 19.00 Uhr, Sa: 9.30 - 16.00 Uhr

Schreibwerkstatt

Schreiben kann jeder
In der Schreibwerkstatt gehen wir den Worten auf den Grund. Ist einem kein Schreibstil mit einer persönlichen Note, journalistische Grundfertigkeit werden wir Ihnen anhand eigener Texte erlernen und in der Gruppe lehren.

Einzelne Workshops im Juli und August anbieten:
Wie der Text von Schreiben los und nach einem genauen, selbst von einer 6251-91723 oder geschulten Lehrkraft, bekommen und nicht schreibbar!

Schreibwerkstatt in den Räumen der SPINNE, Berliner Platz 8
Mittwoch 14.00 - 16.00 h
Vormittagskaffeelounge, tolle Atmosphäre!

Stiftungen
Gelding Stiftung



Foto: Nicholas Thein – pixelio.de



Foto: derateru – pixelio.de

Kein Hartz IV bei „sozialwidrigem Verhalten“

Wer Leistungen nach Hartz IV beantragt, muss gegebenenfalls nachweisen, dass er seine Hilfebedürftigkeit nicht durch „sozialwidriges Verhalten“ selbst herbeigeführt hat. Das entschied das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen. Ein Selbständiger beantragte 2013 Unterstützung beim Jobcenter, das seinen Antrag aber ablehnte, weil der Mann noch ein Haus besaß, das als Vermögen angerechnet wurde.

Daraufhin verkaufte er die Immobilie für rund 45.000 Euro. Vom Ertrag zahlte er nach eigenen Angaben Schulden, kaufte sich ein Auto und reiste zweimal auf die Philippinen. Dort heiratete er und leistete sich mit seiner Frau auch Flitterwochen. Als das Geld nach wenigen Monaten aufgebraucht war, stellte er einen neuen Antrag.

Doch das Jobcenter lehnte den Antrag wiederum ab und das Landessozialgericht gab der Behörde in einem Eilverfahren Recht. Ein Grund: Die Asienreisen könne möglicherweise als Geldverschwendung angesehen werden, durch die sich der Mann erst in seine missliche Lage gebracht habe.

*Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen:
AZ: L 11 AS 1310/14 B ER*

Eingliederungsvereinbarung ist bindend

Hartz IV-Empfänger kennen das: Alle nasenlang müssen sie mit dem Jobcenter eine sogenannte Eingliederungsvereinbarung unterschreiben. Darin steht, übertrieben gesagt, welche Pflichten der Kunde hat und welche Rechte das Jobcenter. Zum Beispiel kann die Behörde mit dem Hartz IV-Empfänger vereinbaren, dass er sich pro Woche auf zwei freie Stellen bewirbt. Tut er das dann aber

nicht, darf das Jobcenter ihm die Leistungen um ein Drittel kürzen. Das hat das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz in einem Urteil von 2013 deutlich gemacht, das erst jetzt publik geworden ist.

Die Richter erkannten an, dass es zuweilen einen triftigen Grund geben könne, der es unmöglich mache, zwei Bewerbungen zu schreiben. Zum Beispiel, falls es keine zwei Stellenangebote gegeben habe. Die Nachweispflicht läge beim Hartz IV-Empfänger. Die Pflege der kranken Mutter, die der betreffende Kläger vor Gericht unter anderem als Entschuldigung geltend gemacht hatte, habe indes genügend Zeit gelassen, die vereinbarten zwei Bewerbungen zu schreiben.

LSG Rheinland-Pfalz – Az.: L 3 AS 505/13 v. 16.12.2014



Foto: Ingo Büsing – pixelio.de

Hartz IV: Zeitpunkt der Antragstellung beachten

Zuweilen ist es wichtig, den Zeitpunkt richtig zu wählen, an dem ein Hartz IV-Antrag gestellt wird. Das macht ein Urteil des Bundessozialgerichts in Kassel vom 24. April deutlich. Ein Mann, der bis 2009 für zwölf Monate in Haft war, stellte noch aus dem Gefängnis einen Antrag auf Leistungen nach ALG II für die Zeit nach seiner Entlassung.

Als er frei kam, erhielt er Überbrückungsgeld in Höhe von 1.000 Euro. Da er aber den Betrag erhielt, nachdem er bereits einen Antrag auf Hartz IV gestellt hatte, rechnete ihm das Jobcenter das Geld als finanziellen Zufluss an, von dem er einen Monat lang leben könne. Hätte der Inhaftierte erst Leistungen beantragt, als er das Überbrückungsgeld bereits bekommen hatte, wäre die Summe als Schonvermögen behandelt worden, das nicht angetastet werden darf.

Als der Mann seinen teuren Fehler bemerkte, zog er seinen Antrag beim Jobcenter zurück, um ihn einen Tag später neu zu stellen. Diesen kleinen Trick akzeptierte das Bundessozialgericht nicht. Zwar könne ein Leistungsberechtigter seinen Antrag zurückziehen, dürfe ihn dann aber erst im nächsten Monat neu stellen. So die Gesetzeslage zum damaligen Zeitpunkt. „Inzwischen gilt eine Berechnung nach Monaten. Wer ein Überbrückungsgeld oder andere Zahlungen erwartet, muss mit seinem Hartz IV-Antrag bis zum Ersten des Folgemonats warten, um eine Anrechnung als Einkommen zu vermeiden“, erklärt das Onlineportal *juraforum.de*.

Aktenzeichen: B 4 AS 22/14 R

Jobcenter darf Erbe voll anrechnen

Das Jobcenter darf ein Erbe voll anrechnen, auch wenn mit einem großen Teil davon ein überzogenes Girokonto ausgeglichen wird. Das hat das Bundessozialgericht unlängst entschieden. Im vorliegenden Fall hatte ein Leistungsbezieher aus Duisburg von seinem verstorbenen Vater 8.000 Euro geerbt, das Geld wurde auf sein Konto überwiesen, das mit 3.000 Euro in den Miesen war. Nachdem der Mann den Zufluss beim Jobcenter pflichtgemäß angegeben hatte, stellte die Behörde die Leistungen zum nächsten Ersten ein. Durch das Erbe in Höhe von 8.000 Euro liege für die folgenden sechs Monate keine Bedürftigkeit mehr vor. Dagegen klagte der Mann und verlangte, dass nur 5.000 Euro berechnet werden, denn der Rest stehe ihm gar nicht mehr zur Verfügung, weil er damit den Dispo ausgeglichen habe.

Das Bundessozialgericht mochte dieser Argumentation nicht folgen. Entscheidend sei die Höhe des Zuflusses, dabei sei es egal, ob ein Teil davon zur Schuldentilgung benutzt werde. Auch das sei schließlich eine Form der Mittelverwendung. Das Jobcenter habe also richtig entschieden, als es nach § 11 Abs. 3 SGB II das gesamte Erbe anrechnete. Damit sei der Mann bei einer gleichmäßigen Verteilung des Geldes über einen Zeitraum von sechs Monaten nicht mehr leistungsberechtigt.

Aktenzeichen: B 14 AS 10/14 R



Foto: Rainer Sturm – pixelio.de

Ausgleichszahlung für regelwidrige Arbeitsgelegenheit

Das Jobcenter Märkischer Kreis muss einem Hartz IV-Empfänger eine Ausgleichszahlung in Höhe von 900 Euro leisten, weil es dem Mann einen rechtswidrigen Ein-Euro-Job auferlegte. Das hat das Sozialgericht Dortmund unlängst entschieden. Von September 2007 bis Februar 2008 war der Kläger auf Anweisung des Jobcenters in einer sogenannten Arbeitsgelegenheit (damals



Foto: Thorben Wengert – pixelio.de

noch Ein-Euro-Job) tätig, die offensichtlich nicht den gesetzlichen Ansprüchen gerecht wurde. Damit habe der Mann Anspruch auf einen finanziellen Ausgleich. Allerdings nur für die beiden letzten Monate, die restliche Zeit falle unter die Verjährungsfrist. Das Gericht sah dabei das Jobcenter in der Pflicht; die Verschwendung öffentlicher Gelder sei ihm anzulasten und nicht dem Träger der Arbeitsgelegenheit.

„Für viele Hartz IV-Empfänger ergibt sich mit dieser Entscheidung aus Dortmund die Möglichkeit, ihre vom Jobcenter auferlegten Ein-Euro-Jobs rückwirkend bis 2011 durch ein Gericht überprüfen zu lassen und ebenfalls bei fehlender Rechtsgrundlage Ausgleichszahlungen im Wege der öffentlich-rechtlichen Erstattungsansprüche zu erhalten“, kommentiert das Internetportal *hartziv.org*. Der Leistungsempfänger hat in diesem Fall Anspruch auf den ortsüblichen Lohn.

Der Bundesrechnungshof hat in der Vergangenheit bereits

Foto: FotoHiero – pixelio.de



mehrfach darauf hingewiesen, dass ein großer Teil der Ein-Euro-Jobs respektive Arbeitsgelegenheiten nicht den gesetzlichen Anforderungen entspreche. „Der Rechnungshof kritisierte den Mitnahmeeffekt der Maßnahmenträger und stellte bei seinen Überprüfungen zudem fest, dass die Mehrheit der Tätigkeiten für die Leistungsempfänger ohne Nutzen seien“, so [hartziv.org](#).

„Nach wie vor nutzen öffentliche Stellen, insbesondere Kommunen und soziale Einrichtungen Arbeitsgelegenheiten dazu, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen und die dafür notwendigen Einrichtungen zu pflegen und zu unterhalten“, schreibt der Bundesrechnungshof in einem Prüfbericht. „Die Tätigkeiten der zugewiesenen Hilfsbedürftigen unterscheiden sich oft nicht oder nur unwesentlich von den Aufgaben des Stammpersonals der Maßnahmenträger. Meist dienen die Arbeiten dazu, Stammpersonal zu entlasten oder zu ergänzen.“ Eine individuelle Förderung der Erwerbslosen finde oft nicht statt.

Sozialgericht Dortmund – Az.: S 40 (23)(28) AS 710/12

Jobcenter muss für **Gleitsichtbrille zahlen**

Das Jobcenter muss die Kosten für eine Gleitsichtbrille übernehmen, falls der Antragsteller ein Attest vorlegen kann. Das entschied das Landgericht Mainz in einem Urteil vom vergangenen Dezember, auf das die Arbeitsloseninitiative *Tacheles* jetzt in einem Newsletter hinweist. Das Jobcenter hatte die Ansicht vertreten, dass dem Antragsteller zuzumuten sei, abwechselnd eine Lese- und eine normale Brille zu tragen.

Dem folgten die Mainzer Richter in diesem konkreten Fall nicht, nachdem sie auch die Augenärztin des Hartz-4-Beziehers als Sachverständige anhörten. „Der Kläger hat einen Anspruch (...) auf Versorgung mit der begehrten Gleitsichtbrille“, heißt es in dem Urteil. Das Gericht sah die Gefahr einer Unterversorgung beim Kläger gegeben, falls er eine solche teure, aber notwendige Anschaffung aus eigener Tasche bezahlen müsse. Es bezog sich dabei ausdrücklich auf ein recht allgemein gehaltenes Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Unterversorgung bei Hartz IV-Empfängern.

Der Mann hatte sich zunächst Geld vom Bruder leihen müssen, um sich auf eigene Kosten eine Brille anzuschaffen, nachdem das Jobcenter die Zahlung verweigert hatte. Nach dem Kauf habe sich aber herausgestellt, dass er eine Nickel-Kobalt-Allergie habe und das Gestell bei ihm ein Ekzem verursacht habe. Er benötige deshalb ein Gestell, das nicht zum Nulltarif zu haben sei. Ferner brauche er aus medizinischen Gründen entspiegelte Gläser. Der Kläger

legte darüber entsprechende Atteste einer Augen- und Poliklinik vor.

Das Sozialgericht verpflichtete das Jobcenter dazu, die Kosten der zweiten Brille in Höhe von 261,50 Euro zu übernehmen. Den Betrag für die erste, gesundheitsschädliche Brille in Höhe von rund 130 Euro bekommt der Kläger allerdings nicht zurück, denn die Summe habe er über das bereits zurückgezahlte Darlehen seines Bruders selbst finanziert.

Aktenzeichen: S 16 SO 8/14, Sozialgericht Mainz, 16.12.2014

AGH: Zuweilen **Vorbildung nötig**

Ein Hartz-IV-Aufstocker aus Rheinland-Pfalz hat sich am Ende erfolgreich dagegen gewehrt, eine Arbeitsgelegenheit in der Kinder- und Seniorenpflege übernehmen zu müssen, die das Jobcenter ihm auferlegen wollte. Der Mann hatte darauf beharrt, keine Erfahrung, geschweige denn eine Ausbildung in dem Arbeitsbereich zu haben, sondern von Haus aus Bankkaufmann zu sein. Das Landessozialgericht in Mainz gab ihm nun Ende April in dritter Instanz Recht. Das berichtete unter anderem Anfang Juni der Südwestrundfunk SWR.

Nach dem Willen des Jobcenters sollte eine kommunale Gesellschaft zur Arbeitsmarktförderung den Kläger an ein Unternehmen vermitteln, das Betreuung für Kinder, Senioren und Behinderte anbietet. Der Mann, der im Moment als selbstständiger Versicherungsmakler tätig ist und ergänzende Leistungen vom Jobcenter erhält, weigerte sich die Arbeitsgelegenheit anzunehmen. Die Richter folgten der Argumentation des Klägers. Die Betreuung von hilfebedürftigen Menschen sei wegen der „hohen fachlichen Anforderungen nicht für Personen ohne beruflich Erfahrung oder sonstige Vorkenntnisse geeignet“, so die Richter. Das Jobcenter sei unter diesen Voraussetzungen nicht berechtigt eine Sanktion gegen den Kläger zu verhängen.

Quelle: swr.de



Die letzte Seite

„Wir haben einen Abgrund von Landesverrat im Lande!“

Diese Äußerung von Bundeskanzler Konrad Adenauer aus dem Jahr 1962 hat die sogenannte „Spiegel-Affäre“ überdauert. Ein halbes Jahrhundert später mussten sich Journalisten erneut dem Vorwurf des Landesverrats stellen. Zwar ist der Untersuchungsauftrag inzwischen widerrufen, bevor er ernsthaft überhaupt in Angriff genommen worden war, der Chefankläger zurückgetreten. Doch die Hintergründe sind gerade wegen des vermeintlichen Abschlusses der Affäre weiterhin im Dunkeln und Trüben.

Durch ein falsches Verständnis von Loyalität gegenüber den USA, dessen Ausmaß selbst den Verbündeten auf der anderen Atlantikseite verwundert hat, scheint sich der politische Hauptstadtbetrieb in einem Erregungszustand zu befinden, der alle Sicherungen überlastet.

War diese sinnwidrige Sommerloch-Aktion ein Ablenkungsmanöver gewesen, um die gewichtigere NSA-Affäre aus der Schusslinie zu nehmen? Dies darf man vermuten.

Ein anderes politisches Schwergewicht der jüngeren Geschichte, Franz Josef Strauß wäre in diesen Wochen 100 Jahre alt geworden. Von seinem Zeitgenossen Egon Bahr stammt das Bonmot, „Strauß sei ein Kraftwerk mit den Sicherungen eines Kuhstalls gewesen“. Und wenn wir schon in diesem Gefilde sind: „Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich.“ (Mark Twain)

Denn es wird nicht der letzte Angriff auf die Pressefreiheit gewesen sein. Das Thema, welches auch uns im Heft beschäftigt hat, hatten wir eine ironische Bilderfolge zur Seite gestellt. Doch rechnen Sie weiter mit unserer Ernsthaftigkeit! (ct)



Foto: Uwe Schlick – pixelio.de

Impressum

Sommer 2015

Herausgeber

abm e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)
Berliner Platz 8 - 48143 Münster
Telefon: 0251 - 511.121
Internet: sperre-online.de
E-mail: sperre@muenster.de

Redaktion

Peter Andres, Heinz Annas (ha), Norbert Attermeyer (noa), Donata Godlewska (dg), Jörg Grieger (jg), Gerrit Hoekman (gh), Josef Kleine (jk), Christoph Theligmann (ct, V.i.S.d.P.), Cristina Varela (cv), Arnold Voskamp (avo)

Gestaltung – Layout

Cristina Varela

Online

sperre-online.de
Jörg Grieger, Gerrit Hoekman, Christoph Theligmann

Bildquellen

pixelio.de, flickr.de
sowie namentlich gekennzeichnete Fotos

Werbeanzeigen/Spenden

Jörg Grieger, Maria Hamers

Bankverbindung:

Sparkasse Münsterland Ost
BIC: WELADED1MST
IBAN: DE64 4005 0150 004 0117 97

Auflage

5.000 Exemplare

Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis als Förderabonnement

Verteilung

Kostenfrei an Auslagestellen in Münsters Innenstadt namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch der auszugsweise Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe bitte an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Das Recht zu kürzen, behalten wir uns vor.

Offene Redaktionssitzung

Dienstag 16 - 18h

Nächste Ausgabe

Mitte Oktober 2015

Redaktionsschluss

18.09.15

Anzeigenschluss

02.10.15

Gefördert von:



Europäische Union
Erweiterungs- und
Entwicklungspolitik

Ministerium für Arbeit,
Sozialpolitik und
Integration der Jugend
des Landes Nordrhein-Westfalen



STADT MÜNSTER



Begegnungszentrum Sprickmannstraße e.V.



Stadtteilarbeit in Münster-Kinderhaus –
Gemeinsam sind wir stark

Unsere Angebote:

- Arbeitslosenzentrum MS-Nord
(zusammen mit KAI)
 - Sozialberatung und Unterstützung
 - Betreuung gemeinnütziger Arbeit
 - Münster-Tafel
 - Über 50 interkulturelle Gruppenangebote
 - Gemeinschaftliche Bewohnerprojekte
 - Selbsthilfeaktivitäten, Offene Treffs,
Stadtteulfeste
 - Aktive Stadtteilarbeit für bessere
Wohnverhältnisse
 - Ausgabe von Mieterberatungsscheinen
 - Integrationsarbeit vor Ort
 - Jugendsozialarbeit, -berufshilfe
 - Offene Kinder- und Jugendarbeit
 - Angebote für Familien, Ferienprogramme
 - Projekt Lesepatzen mit der Grundschule West
- Und vieles mehr ...

Wir setzen uns aktiv für die Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation in Münster-Kinderhaus sowie -Brüningheide ein. Durch aktive interkulturelle Stadtteilarbeit für Jung und Alt erreichen wir ein gutes Miteinander und ein stabiles Wohnumfeld. Doch im Soziale-Stadt-Gebiet mit der höchsten SGBII-Dichte und Kinderarmut in NRW bleibt weiterhin viel zu tun.

Sprechen Sie uns direkt an, unterstützen Sie unsere Arbeit.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Begegnungszentrum Sprickmannstraße e.V.

- [tinyurl.com/bgzauf-facebook](https://www.facebook.com/bgzaufmuenster)
- [tinyurl.com/bgzauf-twitter](https://twitter.com/bgzaufmuenster)
- bgz-kinderhaus.de

Sprickmannplatz 7,48159 Münster
Fön: 0251-21 69 58
Fax:0251-8998496
Email: stadtteilarbeit@bgz-kinderhaus.de

